

Wirtschaft & Umwelt

ZEITSCHRIFT FÜR UMWELTPOLITIK UND NACHHALTIGKEIT

Euro 1,80

Nummer 4/2020

www.ak-umwelt.at



Nachhaltiger Wohlstand

Warum nicht Wirtschaftswachstum, sondern fair verteilter materieller Wohlstand, gute Arbeit, hohe Lebensqualität, intakte Umwelt und wirtschaftliche Stabilität für einen sozial und ökologisch nachhaltigen Wohlstand für alle wichtig sind.

Betrieb: Weiz als Vorbild in Nachhaltigkeit

Leben: Energieeffizient geplant ist gut gewohnt

Politik: Alles zum Erneuerbaren Energiegesetz

AK-Studie: Neue Gentechnik verlangt Regulierung



www.arbeiterkammer.at

DAS WUM-OMETER

● ● **FAHRRAD AM ZUG**

Am 1. Oktober beschloss das europäische Parlament im Rahmen der neuen Verordnung über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr, dass es künftig in allen neuen sowie renovierten Zügen verpflichtend ist, vier ausgewiesene Plätze für Fahrräder anzubieten. Die European Cycling Federation hat sich dafür eingesetzt, ihr Ziel bleibt aber weiterhin acht Stellplätze pro Zug. **HB**

● ● **VEGGIE-BURGER BLEIBT VEGGIE-BURGER**

Das EU-Parlament hat das Ansinnen der Agrar-Lobby abgelehnt, für vegetarische und vegane Produktbezeichnungen wie Wurst, Burger oder Schnitzel zu verbieten. Das ist eine gute Neuigkeit für Konsument*innen. Die Agrar-Lobby wollte nämlich, dass „sich auf Fleisch beziehende Begriffe und Bezeichnungen ausschließlich den zum Verzehr geeigneten

Teilen der Tiere vorbehalten sein“ sollte. Das hätte für einige Verwirrung gesorgt. **SI**

● ● **VOM FLIEGER IN DIE LOK**

Während Pilot*innen coronabedingt unterbeschäftigt sind, werden dringend Lokführer*innen gesucht. In der Schweiz hat die SBB nun die Initiative gestartet, Flugpersonal für den Fahrdienst anzuwerben. Ein Beispiel, das Schule machen sollte. **HH**

● ● **KNIEFALL VOR UBER**

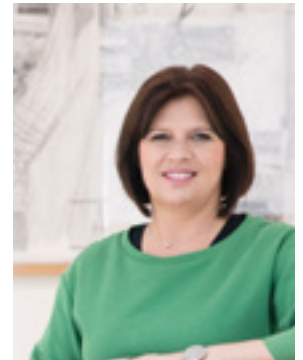
Ab Jänner 2021 hätte es eigentlich gleiche Bedingungen für traditionelle Taxis und über Plattformen vermittelte Fahrten geben sollen. Darauf hatte sich das Parlament vorigen Sommer geeinigt. Das hätte ein Ende des existenzbedrohenden Konkurrenzdruckes auf Fahrer*innen und Taxiunternehmen bedeutet. Wenn der jüngste, überfallsartige

Regierungsentwurf von Türkis-Grün durchgeht, dann waren alle Anstrengungen umsonst. Ohne Kontrolle und ohne fixe Tarife geht das Lohn- und Sozialdumping weiter und die Taxibranche wird „überfahren“. **SL**

● ● **WENN'S ZIEHT**

Corona hat uns gezeigt, wie unentspannt das Tür-Auf-Tür-Zu-, Fenster-Auf-Fenster-Zu-Spiel die Menschen macht. Während sich in den Schulen (die noch offen waren) die Kinder mit Haube, Schal und Handschuhen gegen den Zug vom in den Pausen offenen Fenster schützen, müssen manche Grazer Fahrgäste in der Straßenbahn immer noch den Öffnungs-Knopf per Hand betätigen. Denn, in 40 von 85 Grazer Tramzügen der Serien 500 und 600 ist eine zentrale Türöffnung durch den Triebwagenfahrer gar nicht möglich. Die Technik mag scheinbar nicht, wenn's zieht. **EL**

„Wir brauchen ein klares beschäftigungspolitisches Konzept, um in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wirksam Gas geben zu können.“



Renate Anderl
BAK Präsidentin

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber
Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Str. 20-22, 1040 Wien

E-Mail

wirtschaft.umwelt@akwien.at

Telefon

01/501 65 -12404

Redaktion

Mag.^a Sylvia Leodolter (Chefredakteurin),
Eva-Maria Leodolter (Redakteurin)
agentur.leodolter@gmx.at

Sekretariat

Krisztina Hubmann,
Sabrina Pochop

Grafisches Konzept

Jakob Fielhauer, www.fielhauer.at

Layout & Infografik

Michael Haderer

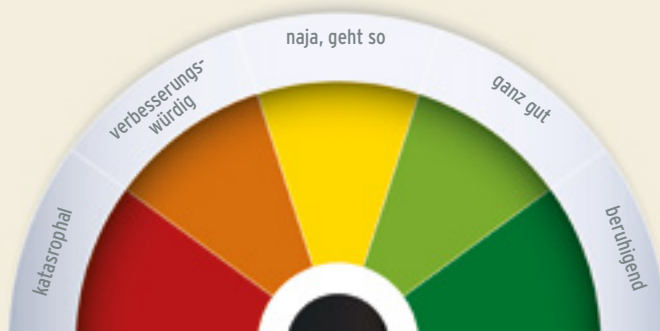
Coverfoto

DeanMoriarty_pixabay

Druck

gugler GmbH
Auf der Schön 2
A-3390 Melk/Donau
ISSN 1028-4664

Die in **Wirtschaft & Umwelt** veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bundesarbeitskammer wieder.



Druckert nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens gugler*print, Melk, UWZ-Nr. 609, www.gugler.at



Höchster Standard für Ökoeffektivität. Cradle to Cradle™ zertifizierte Druckprodukte innovated by gugler*.



Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling. EU Ecolabel : AT/28/001

Inhalt

Schwerpunkt

Wohlstand im 21. Jahrhundert

Es geht um einen umfassenden, sozial und ökologisch nachhaltigen Wohlstandsbegriff. **Seite 10**

Soziale Aspekte

Die COVID-Krise zeigt, wie wichtig Sozialstaat und Beschäftigung für den sozialen Zusammenhalt sind. **Seite 14**

Öffentlicher Raum in den Städten

Hohe Lebensqualität erfordert in den Städten genügend Raum zum Leben. **Seite 18**

Betrieb

Weiz packt's an

Mit innovativen Projekten wird die Stadt zum Vorbild für Europa. **Seite 22**

Leben

Wohnraum mit Nachhaltigkeit

Richtiges Planen und umweltbewusstes Bauen schonen das Klima auf Dauer. **Seite 26**

Politik

Erneuerbare Energie

Das Erneuerbaren Energiegesetz ist eine Basis mit deutlichem Verbesserungsbedarf. **Seite 28**

AK-Studie

Neue Gentechnik

Vorsorgeprinzip und Kennzeichnung sind auch bei der „Gensichere“ nötig. **Seite 34**

Rubriken

Nachrichten	04
Kommentar	05
EU, Europa und die Welt	06
Vor 15 und 30 Jahren	08
Aktuelles Interview	09
Aktion	31
Kontroverse	32
Medien	33



Editorial

Hauptsache gesund

Wenn man in Zeiten der Krise – einer massiven gesundheitlichen und wirtschaftlichen Krise – darüber nachdenkt, was Wohlstand eigentlich ist, kommt vielen ein typisch österreichischer Reflex in den Sinn: Hauptsache g'sund! Ja, die Gesundheit ist ein wesentlicher Faktor. Aber, wenn von einem nachhaltigen Wohlstand die Rede ist, geht es auch um einen fair verteilten materiellen Wohlstand, um gute Arbeit, hohe Lebensqualität, eine intakte Umwelt und wirtschaftliche Stabilität. Trotzdem wird gerade jetzt vor allem die Gesundheit der Wirtschaft beschworen und nach staatlichen Rettungsmaßnahmen gerufen. Der Staat ist plötzlich wieder en vogue. Ähnlich wie nach der Finanzkrise 2007, als statt der segensreichen Marktkräfte der Staat zur Bankenrettung einspringen sollte. Damals währte das Umdenken nur kurz, die Wirtschaftsliberalen und ihre Forderungen nach einem schlanken Staat, dem Abbau der Schulden zulasten der Sozialbudgets und der steuerlichen Entlastung der (Finanz)Wirtschaft beherrschten rasch wieder die Agenda.

Die Klimakrise, die durch den ersten weltweit organisierten Klimastreik 2019 endlich die nötige Aufmerksamkeit erhielt, bewirkte sichtbare politische Änderungen. Die neue EU-Kommission unter Ursula von der Leyen macht mit dem europäischen Green Deal und sehr ambitionierten Klimazielen klare Vorgaben, die die Wirtschaft und das Leben in Europa nachhaltig verändern sollen.

Die COVID-Pandemie stellt nun alles auf den Kopf, Gesundheit und Beschäftigung und das Überleben der Betriebe in der Krise rücken in den Mittelpunkt. Wenn wir jetzt über nachhaltigen Wohlstand für alle sprechen, wie im aktuellen Schwerpunkt, ist auch für unverbeserliche Wachstumsfetischisten leichter verständlich, worum es geht. Es wird klar, dass wir nur mit einem soliden Sozial- und Wohlfahrtsstaat, mit einer gerechten Verteilung der Lasten und einer breit angelegten Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsoffensive sowie einem stabilen öffentlichen Sektor die Krise überwinden können. Wenn wir dabei auch die Bekämpfung der Klimakrise im Auge haben, dann haben wir eine Chance, nachhaltig gesund – im weiteren Sinn – zu bleiben.

Sylvia Leodolter

Chefredakteurin

Leiterin der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien

Nachrichten

SCHROTTPLATZ AFRIKA

Wir kaufen dein Auto

Viele Altautos landen, wenn sie in Europa oder Japan keine Käufer*innen mehr finden, in Afrika. 40 Prozent der weltweit 14 Mio. Gebrauchtwagen wurden zwischen 2015 und 2018 eben dorthin verkauft. Was vor allem für die reichen Länder eine billige Entsorgung darstellt, entwickelt sich mehr und mehr zum Umweltproblem. Der gerade veröffentlichte Bericht „Global Trade in Used Vehicles Report“ der UNO hält dabei fest, dass nur die wenigsten afrikanischen Länder Maßnahmen gegen den Import von unsicheren Dreckschleudern erlassen haben. In Südafrika, Ägypten und im Sudan ist der Import verboten, in Marokko, der Elfenbeinküste, im Tschad oder in Gabun gibt es ein erlaubtes Maximalalter für importierte Altfahrzeuge (meist bei 5 Jahren). In über 30 Ländern gibt es keine Beschränkung.

In manch einem afrikanischen Land, wie etwa Gambia, liegt der Altersschnitt der Autos mittlerweile bei 19 Jahren. Mitunter ist das Alter der Fahrzeuge nicht nur ein Umwelt- sondern auch ein Verkehrssicherheitsproblem. So hält der Bericht fest, dass die Länder die die schwächsten Regelungen haben, den höchsten Anteil an tödlichen Straßunfällen aufweisen. Die UNO fordert daher, den Export von Wagen zu verbieten, wenn sie in der EU oder anderen hochentwickelten Ländern, keine Zulassung mehr bekommen würden. **GL**

BELGIEN

Dienstwagen mit Strom

Belgien hat seit 30. September 2020 eine neue Regierung. Die Sieben-Parteienregierung verständigte sich dabei nach langwierigen Verhandlungen auch auf eine Neu-Regelung bei den Dienstwagen. Diese werden in Belgien steuerlich jährlich mit



Ein Auto, das in Europa niemand mehr will.

über 2 Mrd. Euro großzügig begünstigt und machen 16 Prozent des belgischen Fuhrparks aus. Rund die Hälfte aller Pkw-Neuzulassungen in Belgien sind Dienstwagen. Demnach müssen ab 2026 alle neuen Dienstwagen einen Batterieantrieb haben, damit sie steuerlich berücksichtigt werden können. Pkw mit Verbrennungsmotoren oder Hybrid-Antrieb scheidet damit aus, bereits davor zugelassene Dienstwagen werden aber weiter berücksichtigt. Arbeitnehmer*innen, die einen Dienstwagen nicht in Anspruch nehmen wollen, sollen vereinfacht einen entsprechenden Betrag in Form eines überarbeiteten Mobilitätsbudgets in Anspruch nehmen können, das in Belgien ansatzweise schon existiert. **FG**

MARKT ODER REGULIERUNG?

EU-Verbrauchsvorgaben für Pkw in Planung

Für die EU-Kommission sind CO₂-Einsparungen bei neuen Pkw ein Schlüssel zur Erreichung

von Klimazielen. Im Fokus stehen dabei CO₂-Verbrauchsvorgaben und ein Ablaufdatum für Pkw mit fossilen Verbrennungsmotoren. Auf EU-Ebene gibt es dafür sogenannte CO₂-Flottenvorgaben für Hersteller. Vereinfacht darf dabei ein Hersteller in einem bestimmten Jahr bei allen seinen verkauften Pkw einen Zielwert der CO₂-Emissionen im Mittel nicht überschreiten. Im Jahr 2021 sind dies 95 Gramm pro Kilometer und im Jahr 2030 sollen dies 59,4 Gramm pro Kilometer ohne Einberechnung der neuen Vorschriften für die Typenprüfung sein. Aus durchgesickerten Plänen der Kommission geht aber hervor, dass mindestens 47,5 Gramm pro Kilometer angestrebt werden. Darüber hinaus soll 2035 das letzte Jahr sein, in dem Pkw mit Verbrennungsmotoren verkauft werden. Die Autoindustrie leistet schon Widerstand. Anstelle von strikten Verbrauchsvorgaben soll der Verkehr in den CO₂-Emissionshandel einbezogen werden. Treibstoff soll demnach über eine

DURSTIGE STROMER

Geförderte Hybrid-Pkw im Real-Check

Plug-in-Hybrid-Elektrofahrzeuge (PHEVs) sind Pkw mit einem Verbrennungsmotor, die auch über eine Batterie verfügen. Diese „Teilzeit-Stromer“ werden von der Politik stark gefördert, weil sie kurze Distanzen ohne dichtes Netz an Ladestationen elektrisch schaffen. Herstellern mit fossilen Antrieben soll damit die Klimawende leichter gelingen. Zwei Studien haben sich das angesehen. Das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) untersuchte die Nutzung von 100.000 PHEVs in Europa, USA und Asien. Fazit: In Europa emittieren diese doppelt soviel CO₂ als beim Normverbrauch angegeben. Firmenwagen gar vier Mal soviel. Laut Studie sind dafür zu kurze elektrische Reichweiten und fragwürdige Sprit-Abgeltungen für „Ladefaulheit“ verantwortlich. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) ließ dagegen PHEVs im „Sport-Modus“ fahren. Dieser schaltet den Verbrennungsmotor ständig ein und optimiert die Fahrleistung auf Kosten des Verbrauchs. Einige Pkw-Modelle mit einer Motorisierung von bis zu 250 kW lagen um den Faktor sechs über dem Normverbrauch. **FG**

CO₂-Bepreisung teurer werden. Ob Pkw damit automatisch weniger verbrauchen, ist aber zweifelhaft. **FG**

Es wurden bereits elf Regionen präsentiert, in denen bis 2030 Radschnellwege gebaut werden sollen. **HB**

NEUE FÖRDERSCHEINE

Alltagsradverkehr in Niederösterreich

In Niederösterreich sind mehr als zwei Drittel der Arbeitswege unter zwanzig Kilometer lang und davon liegt die Hälfte sogar unter fünf Kilometern. Radfahren ist genau für diese Distanzen als aktive und klimaverträgliche Mobilitätsform ideal. Niederösterreich hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 den Anteil aktiver Mobilitätsformen auf 40 Prozent zu erhöhen. Deshalb wurde eine neue Förderrichtlinie für Radverkehrsanlagen erarbeitet, die am 1. November 2020 in Kraft trat. Für die Errichtung neuer Radinfrastruktur werden in Zukunft Förderungen in der Höhe von 70–80 Prozent in Aussicht gestellt, je nachdem um welche Infrastrukturmaßnahmen es sich handelt. Neuerungen in der Förderrichtlinie sind neben der Förderhöhe auch die Integration von Planungsleistungen, die Einrichtung einer eigenen Förderstelle und eine raschere Abwicklung der Förderauszahlung.

VFGH WEIST KLAGE AB

Greenpeace-Klimaklage scheitert

Teils sei nicht begründet worden, warum die angefochtenen Gesetzesstellen verfassungswidrig seien, teils habe es den Antragstellern an der nötigen Betroffenheit in Rechten gefehlt. Mit schmal gehaltener Begründung hat der VfGH die im Februar von der Umweltschutzorganisation gemeinsam mit 8.060 Unterstützern eingebrachte Klimaklage zurückgewiesen, in deren Zentrum die steuerlich „unfaire Bevorteilung“ des klimaschädlichen Flugverkehrs gegenüber der Bahn gestanden war. Bizarr ist das Argument des VfGH, dass Bahnfahrer schon deswegen nicht durch Steuererleichterungen für die Luftfahrt in Rechten verletzt sein können, weil sie Flugzeuge nicht benutzen. Dennoch seien Zweifel an der Strategie der Kläger angebracht, weil der Klimaschutz kein so fest umrissenes Ziel ist, dass ein Gericht daran einzelne Rechtsnormen messen kann. →

KOMMENTAR VON RUUD KLEIN



Kommentar

Gezerre ums Klimaticket

Seit vielen Jahren wird über eine österreichweite Netzkarte für alle Öffis diskutiert; sie war auch schon in früheren Regierungsvereinbarungen enthalten. Gescheitert ist sie stets an der ungeklärten Finanzierung, Unstimmigkeiten über die Aufteilung der Erlöse an die Verkehrsunternehmen, aber auch aufgrund von Machtspielen und Eitelkeiten.

Das derzeit diskutierte 1-2-3-Klimaticket (gemeint sind damit die täglichen Reisekosten innerhalb eines Bundeslandes, für zwei Länder bzw. für ganz Österreich) ist eigentlich eine Idee der SPÖ, die jetzt – in abgewandelten Form – die grüne Klimaschutzministerin Gewessler umsetzen möchte. Um den erwähnten gordischen Knoten zu durchschlagen, zäumt sie das Pferd von hinten auf: Sie plant, das österreichweite 3er-Ticket um 1.095 Euro im nächsten Jahr einzuführen und stellt die Finanzierung dafür bereit. Das ist etwas grobschlächtig, wohl aber die einzige Möglichkeit, die gegenseitigen Blockaden zu durchbrechen. Einige Verkehrsverbände fühlen sich überfahren und laufen dagegen Sturm. Schließlich unterläuft dieses Konzept ihre komplexen Tarifmodelle, führt zu Einnahmeverlusten und stellt letztendlich ihre Existenzberechtigung in Frage. Eleganter wäre es, auch die ersten beiden Stufen des Tickets umzusetzen. Allerdings müssten diese Mehrkosten – zumindest teilweise – von den Bundesländern gestemmt werden.

Selbstverständlich löst ein Klimaticket allein keine Mobilitätswende aus. Damit auch die Menschen abseits der Ballungszentren dieses sinnvoll nutzen können, muss das Öffi-Angebot massiv ausgeweitet werden. Um langjährige Benzinbrüder zum Umstieg zu bewegen, sollten spürbare „Push“-Maßnahmen die Attraktivität des Autofahrens ausbremsen. Das Klimaticket hat jedenfalls zwei große Vorteile: (1) Es macht Öffi-Fahren unschlagbar einfach und niederschwellig. (2) Da man den Fahrschein schon vorab bezahlt hat, kommt der psychologische Effekt hinzu, diesen auch auszunützen, sodass man sich im Zweifelsfall dann doch für Bahn oder Bus entscheidet.

*Heinz Högelsberger ist Verkehrsexperte und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.

Nachrichten



USA-Wahl und Pariser

Abkommen: Der scheidende Präsident der USA, Donald Trump, äußerte wiederholt, dass er den Klimawandel für eine Erfindung halte und dass Klimapolitik der Wirtschaft schade. Daher kündigte er an, dass die USA das Klimaabkommen von Paris aufkündigen würden. Wegen verschiedener Fristenläufe wurde der Austritt der USA aus dem Abkommen am 4. November 2020, einen Tag nach der Präsidentschaftswahl, rechtswirksam. Neben dem Umgang mit der Corona-Krise war der Klimawandel ein wesentliches Wahlkampfthema. Der demokratische künftige Präsident Joe Biden sieht den Klimawandel als Notstand und will rasch wieder dem Pariser Abkommen beitreten sowie die Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit wieder aufnehmen. Biden versprach auch, den Bau der umstrittenen Keystone XL Pipeline zu stoppen und die Subvention fossiler Brennstoffe in den USA zurückzufahren.

Luftqualität in Indien:

Die Luftqualität vieler Städte in Indien gehört zur schlechtesten der

Welt. Im Herbst steigt gewöhnlich die Konzentration an Feinstaub (PM2.5) wegen der Verbrennung von Ernterückständen auf Feldern und wegen der vermehrten Stromerzeugung aus Kohlekraftwerken. In New Delhi wurden nun 370 Mikrogramm pro Kubikmeter ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) gemessen, das ist 14-mal so viel wie die WHO als Grenzwert vorschlägt. Für Menschen, die an COVID-19 erkranken, bedeutet die schlechte Luftqualität eine weitere Belastung, die zu einem schwereren Verlauf der Krankheit führen kann.

Blei in der Umwelt:

Traditionell wird Blei für Schrot bei der Vogeljagd und als Gewicht beim Fischen verwendet. Dadurch, so wird geschätzt, gelangen in der EU pro Jahr etwa 21.000 bis 27.000 Tonnen Blei in die Umwelt. Blei schädigt und vergiftet dort Wasserorganismen, vor allem Wasservögel. Seit langem gibt es daher Initiativen, diese Verwendungen EU-weit zu verbieten. Nun hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments dem Verbot der Verwendung von Blei bei Jagd und Fischerei in Feuchtgebieten grünes

Licht gegeben. Rechtlich soll das durch einen Zusatz in der Liste der Beschränkungen in der REACH-Verordnung geschehen.

Schärfere Klimaziele in

der EU: Schon bei ihrer Kandidatur warb die nunmehrige Präsidentin der Europäischen Kommission (EK), Ursula von der Leyen, für eine Verschärfung der Klimaziele der EU bis 2030. Im September legte die EK im Rahmen des Green Deal den Vorschlag (COM(2020) 562 final) vor, dass die EU insgesamt ihre Emissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 um mindestens 55 Prozent verringern solle, anstatt wie bisher vorgesehen, um 40 Prozent. Im Oktober diskutierte der Rat dieses Ziel, die Entscheidung darüber wurde aber auf Dezember vertagt. Denn insbesondere Polen zögert bei der Zustimmung zu diesem Ziel. In Polen wird ein großer Teil der Elektrizität aus Kohle erzeugt. Die Kosten der Transformation, aber auch ihre Auswirkungen auf die Beschäftigung in den Kohlerevieren, stellen das Land vor große Herausforderungen. **CS**

Die erfolgreiche Klimaklage in den Niederlanden war gegen die Untätigkeit der Regierung vorgegangen. **HO**

INFRASTRUKTUR

Kritik am NIP

AK und Ökobüro haben sich skeptisch zum integrierten Netzinfrastrukturplan (NIP) geäußert. Ein solcher Plan sei überfällig. Ob die großen Ziele mit der konkreten Ausgestaltung machbar sind, sei zweifelhaft. Der NIP betrifft zahlreiche Gesetzgebungskompetenzen von Bund und Ländern. Wie die Abstimmung erfolgen und vor allem Abstimmungskonflikte bereinigt werden sollen, ist dem Entwurf nicht zu entnehmen. Unverständlich bleibt auch die geplante Detailierungstiefe und die nicht vorhandene Verbindlichkeit. Der NIP ist Bestandteil des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzespakets und soll dazu beitragen, die benötigte Energieinfrastruktur zur Erreichung der 2030-Ziele bereitzustellen, indem Eignungszonen für Erzeugungs-, Speicher- und Konversionsanlagen sowie Leitungen identifiziert werden. Er soll auch helfen, ein gegen Österreich laufendes Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtumsetzung der Richtlinie über die strategische Umweltverträglichkeitsprüfung abzuwenden. **HO**

SICHERE ÖFFIS

Keine Gefahr durch Corona

Wie groß ist die Gefahr, sich in Öffis mit Corona zu infizieren? Die UITP – Dachorganisation der europäischen ÖV-Betreiber – hat internationale Daten zusammengetragen. Demnach sind in Deutschland 0,2 Prozent der Ansteckungen auf den gesamten Transportsektor zurück-



Die Ansteckungsgefahr in öffentlichen Verkehrsmitteln ist gering.

zuführen, in Frankreich waren es 1,2 Prozent der Cluster. In Großbritannien ist das Risiko, bei einem Autounfall zu sterben, höher als sich in der Bahn zu infizieren. Weder in Japan, noch in Österreich sind in Pendlerzügen bislang Infektionscluster aufgetreten. Die University of Colorado hat modelliert, dass das Ansteckungsrisiko in einer gut klimatisierten Metro – für Passagiere, die kaum reden und sich wenig bewegen – nach 70 Minuten Fahrt bei null Prozent liegt. In Deutschland gab es bis Ende Oktober unter den 80.000 Beschäftigten im Nahverkehr 233 Infektionsfälle. Diese Quote war halb so groß wie jene der Gesamtbevölkerung. Auf das Auto umzusteigen ist kontraproduktiv: Laut WHO verschärft die Luftverschmutzung das Coronarisiko, da dadurch die Lungen vorgeschädigt werden. **HH**

AK POSITION

Biodiversitätsstrategie 2030 Österreich

Die für Österreich vorgeschlagenen nationalen Ziele für die Biodiversitäts-Strategie Österreich 2030 orientieren sich an den Zielen der im Mai 2020 vorgestellten EU-Biodiversitäts-Strategie, die die AK unterstützt. Derzeit sind die Vorschläge breit angelegt und betreffen viele Lebensbereiche. Daher sollte bei den Maßnahmen

stärker fokussiert werden, damit rasch Verbesserungen erreicht werden. So sollten z.B. spezifische Landschaftselemente und andere ökologische Flächen, besonders in landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebieten, vermehrt werden. Diese Flächen weisen einen extremen Rückgang an Biodiversität auf. Die tägliche Flächeninanspruchnahme auf weniger als 2,5 ha als eines der fünf zentralen Ziele der nationalen Biodiversitäts-Strategie festzulegen, ist für die AK zu weitreichend, da dies leistbares Wohnen erschwert. Wir schlagen

eine Bundes(rahmen)kompetenz für Bodenschutz- und Raumordnungsfragen vor, um nachhaltige Siedlungsentwicklung, leistbares Wohnen und Bodenschutz unter einen Hut zu bringen. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit durch Corona wären in einem ersten Schritt Maßnahmen zu bevorzugen, die rasch Beschäftigung schaffen bzw. Menschen in Beschäftigung halten. **SI**

SCHRITGESCHWINDIGKEIT

Wohnstraßen müssen als solche nutzbar sein

Es gibt in Wien 194 Wohnstraßen – das entspricht einer Gesamtlänge von ungefähr 34 Kilometern. Auf diesen Straßen ist es erlaubt zu spazieren und zu spielen, die reine Durchfahrt für Autos ist verboten. In Parklücken dürfen sogar selbst mitgebrachte Möbel aufgestellt werden. Leider heben sich solche Wohnstraßen in ihrer Ausgestaltung kaum von den übrigen Straßen und Gassen in Wien ab. Es gibt genauso

Gehsteige und parkende Autos am Straßenrand. Es braucht aber eine Gestaltung, die zum Verweilen auf der Straße einlädt, damit sie als „verlängertes Wohnzimmer“ vor der eigenen Haustür wahrgenommen wird. Erste schnelle und günstige Mittel dafür wären Bodenmarkierungen, Poller im Eingangsbereich und Sitzmöglichkeiten. Wichtig ist auch Bewusstsein für ihren Zweck zu schaffen, denn viele Anwohner*innen wissen gar nicht, was auf der Wohnstraße alles erlaubt ist. **HB**

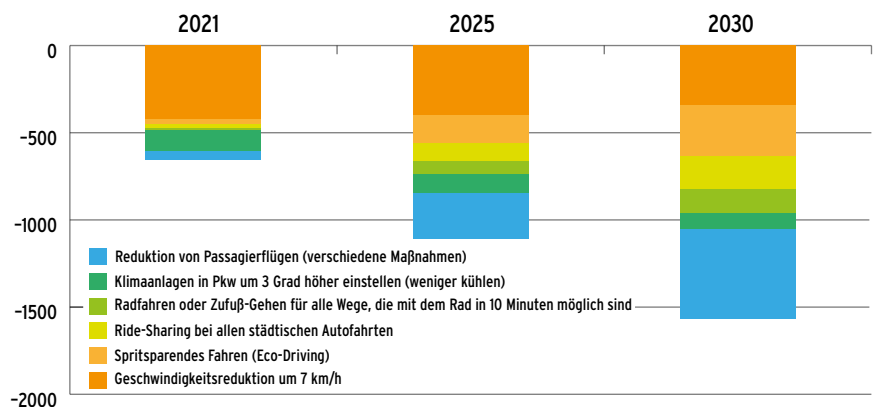
KEINE ERDVERKABELUNG

VwGH genehmigt 380 kV Leitung

Die Genehmigung für die umkämpfte 380-kV-Stromleitung in Salzburg ist rechtskräftig. Der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) hat Mitte Oktober die ordentliche Revision dagegen abgewiesen. Nicht unerwartet hat auch keine Rolle gespielt, dass der Netzentwicklungsplan keiner →

WIRTSCHAFT UND UMWELT GRAFIK-DIENST

CO₂-Reduktionspotenzial durch geändertes Verkehrsverhalten



Die Zahlen des neuen World Energy Outlook 2020 der Internationalen Energieagentur (IEA) zeigen, dass durch ein geändertes Verkehrsverhalten – das durch geeignete Vorschriften zu unterstützen wäre – große Reduktionen bei den CO₂-Emissionen möglich sind. Durch eine Senkung der Durchschnittsgeschwindigkeit um 7 km/h und spritsparendes Fahren sinken im Güter- und Personenverkehr die Emissionen um 13 Prozent

der Gesamtverkehrsemissionen; durch weitere Maßnahmen im Pkw-Verkehr werden 27 Prozent der Pkw-Emissionen vermieden. Auch die Emissionen der Luftfahrt lassen sich durch die Vermeidung von Kurzstreckenflügen (bis 1h) und eine starke Reduktion der Business- und Langstreckenflüge um 60 Prozent senken. Manche Maßnahmen könnten rascher – schon 2021 – andere später bis 2030 wirken. **SL**

QUELLE: WORLD ENERGY OUTLOOK 2020, WWW.IEA.ORG; WELTWEITES REDUKTIONSPOTENZIAL IN MILLIONEN TONNEN

Nachrichten



VOR 30 JAHREN

Klima-Flüchtlinge

Wirtschaft und Umwelt 4/1990: Schon vor 30 Jahren warnte das Umweltbundesamt vor den Folgen der Klimakrise.

Durch die immer stärker zunehmende Erwärmung kippt das Klima aus seinem Quasigleichgewicht und die Extreme häufen sich. [...] Vor allem die Menschen der dicht besiedelten Küstengebiete und der Koralleninseln müssten nach einer neuen Heimat suchen. Dies würde eine Lawine aus Hunderten von Millionen Klimaflüchtlingen auslösen. [...] Der jetzt schon bestehende Wassermangel würde zunehmen. Die Folge: Eine geringere Nahrungsmittelproduktion, gerade für die bevölkerungsreichsten Regionen mit einer stark verschlechterten Selbstversorgung an Nahrungsmitteln. Die beschriebenen Auswirkungen eines globalen Temperaturanstiegs könnten die jetzt schon regelmäßig auftretenden Hungersnöte in Katastrophen globalen Ausmaßes verwandeln. Der Mangel an Lebensraum und Nahrungsmitteln würde in letzter Konsequenz weltweit zu Konkurrenzsituationen beziehungsweise zu regionalen Verteilungskriegen führen.

VOR 15 JAHREN

Wenig Umwelterfolg

Wirtschaft und Umwelt 4/2005 widmet sich der EU-Umweltpolitik und dem Stand des 6. Umweltaktionsprogramms.

Von den im 6. Umweltaktionsprogramm der EU (2002-2012) vorgesehenen „Thematischen Strategien zur Umwelt“ sind jene zum Thema Bodenschutz, zur städtischen Umwelt und zum Abfall bisher nicht über erste Entwürfe und Diskussionen hinausgegangen. Zu den ersten beiden Themen wird von den EU-Mitgliedstaaten besonders stark der Aspekt der Subsidiarität betont. [...] Natürlich wird sich die EU unter der österreichischen Präsidentschaft auch mit dem Klimaschutz befassen müssen, insbesondere mit dem, was nach 2012, dem Auslaufen der ersten Kyoto-Verpflichtungsperiode, passieren soll. Ob Österreich hier eine besonders gute Ausgangsposition hat, ist fraglich: Während die EU-15 im Schnitt im Jahr 2002 um acht Prozent hinter dem für 2010 geplanten Ziel der Treibhausgasemissionen nachhinken, sind es in Österreich 21 Prozent. Nur Spanien liegt mit 24 Prozent in der EU-15 noch schlechter.



Bis heute umstritten: Freileitung oder Erdkabel.

strategischen Umweltprüfung unterzogen worden ist. Denn darauf stützte sich die Genehmigung formal nicht. Die Stromleitung soll die Lücke im 380-kV-Ring schließen und gilt als wichtigstes Strominfrastrukturprojekt Österreichs. Streitpunkt war eigentlich nicht die 380-kV-Leitung an sich. Die Projektgegner forderten eine teilweise Verlegung des Kabels unter die Erde, was auch eine geänderte Trasse zur Folge gehabt hätte. Als Wermutstropfen bleibt, dass das Starkstromwegerecht bis heute die Erdkabelfrage nicht entscheidet und dass die Trassenfrage im UVP-Verfahren vollumfänglich in Wahrheit nicht mehr geprüft werden kann. **HO**

UN-BERICHT

Wasserprivatisierung und Menschenrechte

Der Bericht fordert, dass Länder bei der Privatisierung ihrer Wasser- und Sanitardienste die Menschenrechte berücksichtigen und umfassende Bewertungen und Garantien für angemessene Schutzmaßnahmen vorsehen müssen. Hinsichtlich der spezifischen Risiken für die Menschenrechte, die von der Privatisierung ausgehen, stellte der UN-Bericht fest, dass wenn gewinnorientierte Unternehmen

im Spiel sind, die wirtschaftlichen Motive die Motivation zur Erfüllung der Menschenrechtsstandards überwiegen können. Léo Heller, der Sonderberichterstatter für die Menschenrechte auf sauberes Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen, stellt daher den traditionellen Ansatz in Frage, wonach Menschenrechte neutral sind, wenn es um die Art der Anbieter von Wasser und sanitären Einrichtungen geht. Es gibt drei Faktoren, welche das Menschenrecht auf Wasser durch private Wasserversorgung und Entsorgung gefährden: Profitmaximierung, natürliche Monopole und Machtungleichgewichte. In einer idealen Welt wäre die Machtdynamik zwischen öffentlichen Behörden und privaten Anbietern gleich groß. In der Praxis jedoch verschärft das Machtungleichgewicht die beiden genannten Faktoren und gefährdet so die Wahrung der Menschenrechte. **SI**

BIODIVERSITÄT EUROPA

Neuer Bericht der Europäischen Umweltagentur

Die aktuelle Bewertung der Europäischen Umweltagentur (EEA) zum Zustand der Natur zeigt wenig Erfreuliches. In der EU sind bereits 81 Prozent der Lebensräume in einem schlech-

ten Zustand. Der Rückgang von geschützten Arten und Lebensarten hält an. Weniger als die Hälfte der geschützten Vogelarten sind in einem guten Zustand und 38 Prozent der Süßwasserfische leben in schlechten Lebensräumen. Verursacher sind vor allem die Land- und Forstwirtschaft, die Urbanisierung sowie Eingriffe in die Süßwasser-Lebensräume. Daher sind laut EEA rasch Maßnahmen zu setzen, um diesen Negativtrend aufzuhalten. Die EEA setzt auf die Maßnahmen der EU-Biodiversitätsstrategie sowie der EU-Strategie „Vom Hof auf den Tisch“, die von den Mitgliedsstaaten rasch umgesetzt werden müssten. Nur so könne der Verlust an Biodiversität aufgehalten werden. **SI**

WASSERQUALITÄT

Nationaler Nitratbericht

In Österreich wird das Trinkwasser fast ausschließlich aus geschütztem Grund- und Quellwasser gewonnen. Die Wassergüte wird regelmäßig auf Rückstände von Nitrat und Pestiziden untersucht. Der aktuelle österreichische Nitratbericht 2020 zeigt zwar insgesamt eine leichte Verbesserung, in einigen Regionen aber Erhöhungen der Nitratbelastung. So gibt es sowohl im Westen Österreichs als auch in Ober- und Niederösterreich steigende Nitratkonzentrationen im Grundwasser. In der Südsteiermark (Leibnitzer Feld) sowie Teilen von NÖ hat sich die Situation hingegen verbessert. Die Daten zeigen, wie wichtig es ist weniger Stickstoff auf die Felder auszubringen. Das Ministerium überarbeitet das Aktionsprogramm Nitrat, da die derzeitigen Maßnahmen nicht ausreichen um den Grenzwert von 50mg/l Nitrat einzuhalten. **SI**

AKTUELLES INTERVIEW MIT CORNELIA FAUNIE

CORONA STOPPT DEN KLIMACOUNTDOWN NICHT

Wir erleben seit Monaten die schwerste Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg – ausgelöst durch die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Wie wirkt sich das auf die Klimafrage aus? Cornelia Faunie, Fridays For Future, gibt Antworten.

Viele Menschen in Österreich – und weit darüber hinaus – haben derzeit existentielle Sorgen. Für sie ist der Klimaschutz in dieser Krise nicht das dringendste Problem. Werden Sie in diesen Zeiten noch gehört? Wie klappt die Mobilisierung?

Diese einschneidende Zeit und die damit einhergehenden Sorgen, wie wir die nächsten Monate bewältigen können, betreffen uns alle. Die Pandemie ist daher natürlich das präsenteste Thema in allen Medien. Die Sorge über die Klimakrise ist aber keineswegs in den Hintergrund gerückt. Nach einer aktuellen SORA-Umfrage in Oberösterreich bereiten den Oberösterreicher*innen die Folgen der Klimakrise größere Sorgen als die Corona-Pandemie. Die Bevölkerung versteht, dass die Klimakrise die Grundlagen unserer Existenz bedroht und uns auch hier die Zeit davonläuft. So sehr wir es uns bezüglich des Klimas auch wünschen: Corona stoppt die Uhren nicht. Fridays For Future setzt sich daher trotz der Einschränkungen weiterhin auf allen Kanälen aktiv dafür ein, dem Thema entsprechende Relevanz zu verleihen. Erst Ende September gingen über 10.000 Menschen in Österreich für Klimagerechtigkeit auf die Straße. Es liegt aber auch jetzt an jedem*r, die Klimakrise im eigenen Umfeld auf den Tisch zu bringen und Veränderung zu bewirken.

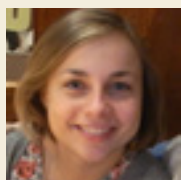
Große Firmen wie MAN in Steyr kündigen an, ihren Betrieb in Österreich zu schließen. Über 2000 Menschen werden dann nicht mehr ihrer bisherigen Beschäftigung nachgehen können. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Wir solidarisieren uns mit den Arbeitnehmer*innen, die aufgrund von reinen Kostenüberlegungen eines Konzerns jetzt vor verschlossenen Türen

stehen. Diese untragbare Situation sollte die Alarmglocken auch weit über Steyr hinaus zum Schrillen bringen, denn hier braucht es dringend ein Umdenken: Langfristig stabile Arbeitsplätze sind angesichts der drohenden Klimakrise nur jene in klimafreundlichen Industrien. Wir brauchen strategische Überlegungen für ganz Österreich aber insbesondere für Industriestädte wie Steyr, wie klimafreundliche Industrien angezogen und gehalten werden können. Passende Ausbildungen und Umschulungen können dabei eine wichtige Rolle spielen. Klimaschädliche Industrien hingegen haben schlicht keine Zukunft.

Ein großer Teil des Budgets muss derzeit für Kurzarbeit, soziale Sicherheit und die Stützung der Wirtschaft aufgewendet werden. Doch auch die Klimainvestitionen werden deutlich aufgestockt. Was erwarten Sie sich in diesen schwierigen Zeiten von der Bundesregierung?

Ist die Gesundheitskrise überwunden, beginnt der wirtschaftliche Wiederaufbau. Wir fordern, dass dieser Aufbau das Wohl der nächsten Generationen zum Ziel hat, damit diese nicht in eine nächste Krise schlittert. Klimapolitisch sehen wir hier eine einmalige Chance, wenn die Bundesregierung lenkend, hin zu einer grünen und damit wirklich nachhaltigen Wirtschaft, eingreift. Zwar begrüßen wir die Mittel, die speziell für Klimainvestitionen zur Verfügung gestellt werden, allerdings reichen diese allein nicht aus, um die tiefgreifende Veränderung zu bewirken, die es in allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft dringend braucht. Jede einzelne Maßnahme muss mit Blick auf die Klimaziele geprüft und ausgestaltet werden. Die Planung für einen umfassenden grünen Wiederaufbau muss jetzt beginnen.



Cornelia Faunie ist Aktivistin für die Fridays For Future Bewegung in Österreich. Sie studierte Wirtschaftsrecht und macht derzeit den Master Internationale BWL in Wien.

Wohlstand heute: Freiheit-Gleichheit- Nachhaltigkeit

Ausgebaute Wohlfahrtsstaaten sorgten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dafür, dass in den Industrieländern breite Schichten vom Wirtschaftswachstum profitierten. Die Nachhaltigkeit dieses Wohlstandsmodells wurde aber zunehmend hinterfragt. VON FLORIAN WUKOVITSCH*

Sozialstaat

Zusammenhalt und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

S. 14

Öffentlicher Raum

Lebensqualität in den Städten.

S. 18

Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“, lautet ein legendärer Werbespruch der WKO aus dem Jahr 2004. Schon Adam Smith hat in seinem 1776 erschienenen Hauptwerk die Bedeutung der Arbeit, der Spezialisierung und des individuellen Strebens nach Glück als wesentliche Grundlage für den „Wohlstand der Nationen“ hervorgehoben. Klar war hier wie dort, dass die Verallgemeinerung des Wohlstands von einem funktionierenden Gemeinwesen abhängig ist, der Staat – im Sinne der WKO wohl auch die Sozialpartner – muss ordnend und fördernd eingreifen. Dass individuelle

Freiheit in einem engen Zusammenhang mit Gleichheit und Brüderlichkeit steht, um ein gedeihliches Zusammenleben zu ermöglichen, zeigte noch vor Smiths Tod der Umsturz in Frankreich, wo er als junger Wissenschaftler eine ausgedehnte Bildungsreise unternahm.

Seit der Geburtsstunde der modernen Volkswirtschaftslehre vor bald 250 Jahren haben sich die politischen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens grundlegend geändert. Der Wahlspruch der französischen Republik fand nach dem zweiten Weltkrieg in die



*Florian Wukovitsch ist Referent für ökologische Ökonomie und Umweltpolitik der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.



Nachhaltiger Wohlstand und gutes Leben für alle ist keine rein wirtschaftliche Frage.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte Eingang. Heute kann ein vergleichsweise großer Teil der Weltbevölkerung an freien Wahlen teilnehmen, der Zugang zu universeller Bildung und Gesundheitsversorgung ist für viele Menschen gewährleistet, die Ernährungsfrage stellt sich in anderer Form als im 18. Jahrhundert.

In einer wirtschaftlich und kulturell globalisierten Welt, die sich noch dazu dynamisch verändert, müssen die Bedingungen eines gedeihlichen Zusammenlebens – national und in der Weltgemeinschaft – dennoch regelmäßig neu vermessen werden.

Produktivität und Sozialstaat

Wirtschaftlich waren die letzten 200 Jahre durch massive Produktivitätsfortschritte gekennzeichnet. Gemeinsam mit spezifischen Formen sozialstaatlicher Einbettung sorgten sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts insbesondere in Europa, teils auch in anderen Regionen dafür, dass ein zu Zeiten Adam Smiths schwer vorstellbares Niveau an materiellem Wohlstand für die breiten Schichten der Bevölkerung möglich wurde. Ausgeblendet blieb im Mainstream der ökonomischen Diskussion lange Zeit, dass →

KURZGEFASST

Im 20. Jahrhundert waren die Ideen von Wohlstand eng mit der Steigerung von Produktivität und dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts verknüpft. Diese verengte Sichtweise lässt sich heute nicht mehr aufrechterhalten. Auch angesichts der ökologischen Grenzen müssen die Bedingungen eines guten Lebens in einer global integrierteren Wirtschaft differenzierter betrachtet werden.

AK Wohlstandsbericht 2020

Der AK Wohlstandsbericht 2020 ist unter <https://www.arbeiterkammer.at/wohlstandsbericht2020> online verfügbar.

Schwerpunkt Nachhaltiger Wohlstand

→ diese Wohlstandsgewinne nicht nur durch technologischen Fortschritt – und den Einsatz von Arbeitskraft und Kapital – erzielt wurden, sondern zu einem wesentlichen Teil auf der Nutzung natürlicher Ressourcen – nicht zuletzt für die Energiegewinnung – beruhten. Erst in den 1970er Jahren bekamen diese Grenzen des Wachstums eine breitere politische Aufmerksamkeit.

In den 1980er Jahren wurde die Diskussion über stetige Wohlstandssteigerungen in einer materiell geschlossenen Welt schließlich intensiviert. Die UN-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung legte unter Vorsitz von Gro Harlem Brundtland im Jahr 1987 ihren berühmten Bericht vor, mit dem der Grundstein für die heutige Diskussion zu nachhaltiger Entwicklung gelegt wurde. Im Anschluss daran wurden der Rio-Gipfel abgehalten und wesentliche internationale Umweltabkommen wie die Klimarahmenkonvention verabschiedet. In der Ökonomie etablierte sich ebenfalls in den 1980er Jahren ein interdisziplinä-



Investitionen in die öffentliche Infrastruktur schaffen Beschäftigung.

rer Forschungsbereich, der sich systematisch der Erforschung nachhaltigen Wirtschaftens innerhalb der natürlichen Systemgrenzen widmete – die ökologische Ökonomie. Die gerechte Verteilung des erwirtschafteten Wohlstands bekam von Anfang an hohe Aufmerksamkeit.

Entwicklung - jenseits des Bruttoinlandsprodukts

In diesem Zusammenhang wurden auch Alternativen zur Praxis, Wohlstand und Entwicklung primär über die Kennzahlen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – insbesondere das Bruttoinlandsprodukt – zu bestimmen, gesucht. Viel Aufmerksamkeit erhielt der UN-Human Development Index (HDI), der auch die Lebenserwartung und den Bildungsstand in einer Gesellschaft berücksichtigt. Umwelt- und

Verteilungsaspekte waren zusätzlich im Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW) enthalten. Beide wurden – wie die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen – um das Jahr 1990 entwickelt und fielen damit in eine Zeit rasanter politökonomischer Umwälzungen. Im Rückblick waren die Dekaden um das Millennium stärker von einer „Entfesselung der Märkte“ in Ost- und Westeuropa, im Globalen Norden und Süden charakterisiert als von der notwendigen Nachhaltigkeitswende.

Die 2000er Jahre waren in vielerlei Hinsicht ambivalent. Der weltweite Ausstoß an Treibhausgasen stieg in diesem Jahrzehnt – gemeinsam mit dem Energieverbrauch – deutlich stärker an als noch in den 1990er Jahren. Das lag nicht zuletzt an der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung in großen Schwellenländern wie China.

Gleichzeitig bemühten sich die meisten Industrieländer erstmals in der Geschichte ernsthaft darum, die im Rahmen des Kyoto-Protokolls völkerrechtlich vereinbarten Ziele zur Reduktion des Treibhausgasausstoßes zu erreichen. Die international akkordierten Millenniums-Entwicklungsziele hatten wiederum primär die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Ökonomien des globalen Südens im Auge. Die wohlhabenden Staaten sollten hier vor allem durch den Aufbau einer globalen

Wohlstandsorientierte Politik 2020/21

- Arbeitsmarkt- & Beschäftigungsoffensive
- Öffentliche Investitionen in Klimaschutz und Ökonomie des Alltagslebens, z.B. Bildung und öffentlichen Verkehr
- Faire Verteilung der Krisenkosten auch zu Sicherung ökonomischer Stabilität
- Stärkung der europäischen Ebene

Unser Standpunkt



Angesichts der aktuellen Krisen – Klima, Gesundheit, Beschäftigung – ist der Investitionsbedarf immens, nicht zuletzt von staatlicher Seite.

Partnerschaft Unterstützung leisten, mussten selbst jedoch wenig ändern.

Sein und Bewusstsein in der großen Rezession

Der verbreitete Glaube an ein (finanz-)marktgetriebenes Modell wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung änderte sich schlagartig mit der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007, die auch bei überzeugten Wirtschaftsliberalen – zumindest kurzfristig – ein Umdenken nahelegte. Ohne ein europäisch und international abgestimmtes Vorgehen in der Krisenbekämpfung wären die sozialen Kosten des Zusammenbruchs in den darauffolgenden Jahren ungleich höher gewesen. Angesichts der Notwendigkeit umfassender konjunktur- und geldpolitischer Interventionen setzten sich schon damals manche Stimmen für eine Fokussierung auf Maßnahmen ein, die einen sozial-ökologischen Strukturwandel beschleunigen. Im Auftrag der französischen Regierung war zur gleichen Zeit eine Kommission tätig, die das Denken über sozialen Fortschritt nachhaltig prägen sollte.

Diese Kommission um die Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz und Amartya Sen verdeutlichte, dass für die Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts neben dem Einkommen u.a. die – auch subjektiv empfundene – Lebensqualität und die Beziehungen zwischen ihren vielfältigen Dimensionen, das Maß an gesellschaftlicher Ungleichheit oder die nachhaltige Verfügbarkeit von Ressourcen entscheidend ist. Damit wollte man die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Regierenden über eine geeignetere Datengrundlage für die politische Gestaltung der Gesellschaft verfügen. Der Bericht wurde von der OECD und

der Europäischen Statistischen System mit offenen Armen aufgenommen. Statistik Austria entwickelte u.a. auf Basis dieser Empfehlungen das Projekt „Wie geht's Österreich“, mit dem seit 2012 die Wohlstandsentwicklung differenziert dargestellt wird.

Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der Welt

Ebenfalls 2012 wurden auf der Rio+20-Konferenz die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals bzw. SDGs) beschlossen. Anders als in den 2000er Jahren sollten Umweltziele und die Reduktion von Ungleichheiten des Lebensstandards wesentlich mehr Gewicht bekommen. Damit hält die neue Entwicklungsagenda im Kern Aufgaben für sämtliche UN-Mitgliedstaaten bereit. In der EU bezieht sich mittlerweile das sogenannte „Europäische Semester“ zur Koordination der Wirtschaftspolitik auch auf die SDGs. Mit dem

European Green Deal, der aktuellen Wachstumsstrategie der Kommission unter Ursula von der Leyen, wurden daneben die Ziele des Pariser Klimaabkommens von 2015 zur maßgeblichen Richtschnur der europäischen Politik. Bis 2050 soll Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent werden. Der Übergang dorthin soll laut EU-Strategie auf sozial gerechte Weise erfolgen.

Wesentliche Aspekte der SDGs werden auch im AK Wohlstandsbericht aufgegriffen (siehe Kasten). Gute Arbeit und ökonomische Stabilität bekommen dabei ein besonderes Augenmerk. Denn auch im 21. Jahrhundert lässt sich Wohlstand nur sichern, wenn es (volks-)wirtschaftlich gut läuft. Angesichts der aktuellen Krisen – Klima, Gesundheit, Beschäftigung – ist der Investitionsbedarf immens, nicht zuletzt von staatlicher Seite. Dafür braucht es neben funktionierenden Finanzmärkten vor allem öffentliche Haushalte, die über eine ausreichende Manövriermasse verfügen. Das erfordert eine faire Verteilung der Krisenkosten. Sollen gleichzeitig alle Staaten und die Umwelt vom Handel profitieren, ist eine nachhaltige Handelspolitik und ein zielgerichteter Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit notwendig. Nur mit Solidarität wird sich Wohlstand im 21. Jahrhundert verwirklichen lassen. □

AK WOHLSTANDSBERICHT

DIFFERENZIERTE MESSUNG DES WOHLSTANDS

Seit 2018 veröffentlicht die Arbeiterkammer jährlich einen AK Wohlstandsbericht. Ziel ist, einer differenzierten Messung von Wohlstand und Wohlergehen abseits des Bruttoinlandsprodukts zu mehr Öffentlichkeit zu verhelfen und daraus Schlussfolgerungen für eine fortschrittliche Politik, auch im Sinne der SDGs, abzuleiten. Ein besonderes Augenmerk wird selbstredend auf die Interessen der Arbeitnehmer*innen in Österreich gelegt. Den Trend der Wohlstandsentwicklung bewerten die Expert*innen der AK anhand von insgesamt 30 Indikatoren in fünf Zieldimensionen: Fair verteilter materieller Wohlstand, Vollbeschäftigung und gute Arbeit, Lebensquali-

tät, intakte Umwelt sowie ökonomische Stabilität. Infolge der durch die COVID-19-Pandemie ausgelösten Sozial- und Wirtschaftskrise warnen sie im diesjährigen Bericht erstmals vor deutlichen Rückschritten. Um diese abzufedern, muss durch eine zielgerichtete Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gegengesteuert werden. Gleichzeitig offenbart die Corona-Krise, dass sich das österreichische Wohlstandsmodell bewährt: Soziale Sicherheit, Mitbestimmung und eine funktionierende Daseinsvorsorge sollten auch das schwierige Jahr 2020 überstehen. Die sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft darf dabei aber nicht aus dem Blickfeld geraten.

Soziale Aspekte des Wohlstands

In der COVID-19-Krise sind die eingefleischten Neoliberalen, die sonst stets den Sozialstaat für überteuert und veraltet erklären, auffällig still. Den ungewollten Stresstest hat dieser aber wieder gut gemeistert. Nun werden Stimmen laut, die um den sozialen Zusammenhalt in Österreich fürchten. VON GLORIA GRUBER*

KURZGEFASST

Je länger die Pandemie dauert, umso sichtbarer werden die Narben dieser Gesundheits- und Wirtschaftskrise.

Die soziale Frage wird sich trotz funktionierender sozialstaatlicher Institutionen zuspitzen. Die rasche Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in Österreich sollte Priorität haben, zugleich sollte ein Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation geleistet werden.

Auf die Frage „Wie geht’s Österreich?“ wird schnell mit Standard-Kennzahlen rund um die Wirtschaftsleistung (BIP) geantwortet. Zentrale Aspekte wie Verteilung des Wohlstands, gute Arbeitsbedingungen, Zugang zum Bildungs- und Gesundheitswesen, das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit, Gleichstellung oder eine intakte Umwelt, die maßgeblich zu einer hohen Lebensqualität beitragen, werden schnell außer Acht gelassen. Der Wohlstandsbericht der Arbeiterkammer greift diese Dimensionen auf und beleuchtet ganz bewusst auch zentrale Elemente der Arbeitswelt und des Alltagslebens.

Sozialstaat als Voraussetzung für Lebensqualität

Das hohe Wohlstandsniveau in Österreich beruht vor allem auf einem gut ausgebauten und krisenfesten Sozialstaat: wirtschaftliche Stabilität, hohe Arbeitsproduktivität, hohe real verfüg-

bare Einkommen und hohe physische Sicherheit. Auch beim Wohnen setzt Österreich mit dem sozialen Wohnbau international Standards. Im europäischen Vergleich ist das Armutsrisiko gering, Beschäftigung und Forschungsausgaben sind hoch, der öffentliche Verkehr ist gut ausgebaut, die Luft wenig feinstaubbelastet und die Mitbestimmung auf unterschiedlichen Ebenen etabliert. All diese Aspekte tragen maßgeblich zu einer hohen Lebensqualität und zum Wohlstand einer Gesellschaft bei.

COVID-19 führt jedoch zu einem erheblichen Rückschlag für die nachhaltige Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen. Menschen, die schon vor der Krise zu vulnerablen und strukturell benachteiligten Bevölkerungsgruppen gezählt haben – Frauen, Jugendliche, Geringqualifizierte, Ältere – sind besonders von den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise betroffen. Drohende und reale Einkommensverluste, Arbeitslosigkeit, die Angst vor Armut und Ausgrenzung →



*Gloria Gruber ist Sozialwissenschaftlerin und Referentin für Sozialpolitik in der AK Wien.



Es geht nicht um Betten, sondern um ausreichend Personal mit guten Arbeitsbedingungen und besserer Entlohnung.

SOZIALE INFRASTRUKTUR STÄRKEN

WOHLSTAND BRAUCHT BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Wohlstand hängt zentral mit Beschäftigung zusammen, konkret mit einem anständig bezahlten, sicheren Arbeitsplatz mit guten Arbeitsbedingungen. Denn einerseits führt länger anhaltende Arbeitslosigkeit zu steigender Armutsgefährdung. Andererseits bemisst sich Wohlstand nicht einfach an Einkommens- und Konsumhöhen. Für Wohlstand im Sinne von Lebensqualität ist soziale Teilhabe und Einbindung in soziale Netzwerke vermittelt über Beschäftigung zentral.

Es ist jedoch offensichtlich, und die Corona-Krise hat diesen Umstand noch verschärft, dass der Arbeitsmarkt nicht in der Lage ist, Vollbeschäftigung herzustellen. Es handelt sich um klassisches Marktversagen. Denn nach jedem Konjunkturaufschwung ist der „Bodensatz“ an Langzeitarbeitslosen, die dauerhaft von Beschäftigung und Wohlstand ausgeschlossen bleiben, angewachsen. Daran konnte auch Arbeitsmarktpolitik nichts Wesentliches ändern.

Es braucht daher eine öffentliche Beschäftigungspolitik zur Schaffung neuer Arbeitsplätze – und zwar nicht, damit diese Menschen wenigstens irgendetwas zu tun haben, also im Sinne einer Art Beschäftigungstherapie – sondern um bestehende gesellschaftliche Bedarfe zu decken. Uns fehlen (bis 2030) 18.000 (Vollzeit) Pflegekräfte (bis 2050 sogar 58.000), im Bildungssystem besteht ein Zusatzbedarf von 10.000 (Vollzeit)Arbeitskräften zum notwendigen Ausgleich sozialer Benachteiligung (Lehrkräfte, Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen ...). Eine Berechnung der Arbeiterkammer für die öffentliche Kinderbetreuung sieht einen Zusatzbedarf von 21.000 Vollzeitäquivalenten vor. Dazu kommen der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und andere notwendige Maßnahmen für eine sozialökologische Transformation.

Dadurch könnte nicht nur der Wohlstand der darüber eingestellten Personen erhöht werden. Die dadurch bewirkte Verbesse-

rung der sozialen Infrastrukturen erhöht auch den Wohlstand der österreichischen Gesellschaft insgesamt. Und diese Arbeitsplätze sind tatsächlich (krisen)sicher, nachhaltig (emissionsarm) und gesellschaftlich relevant. Mit einer an gesellschaftlichen Bedarfen ausgerichteten öffentlichen Beschäftigungspolitik könnten somit entscheidende Beiträge zur Umsetzung gleich mehrerer gesellschaftlich wünschenswerter und wohlstandsrelevanter Ziele geleistet werden:

- die Krisensicherheit der Gesellschaft dauerhaft zu erhöhen;
- die Arbeitslosigkeit entscheidend zu senken;
- die Qualität der sozialen Infrastrukturen langfristig zu stärken;
- die dringend notwendige sozialökologische Transformation in Angriff zu nehmen.



***Manfred Krenn** ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter von Diskurs. Das Wissenschaftsnetz.

Schwerpunkt Nachhaltiger Wohlstand

→ sowie Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz wirken sich negativ auf das Wohlbefinden aus.

Arbeiten muss ein gutes Leben ermöglichen

Wenn der Arbeitsmarkt im Lot ist, dann ist vieles leichter. Der Großteil der Menschen verdient über Arbeit das nötige Geld, um sich und allen Angehörigen ein gutes Leben zu ermöglichen. Gleichzeitig bilden die täglichen Sozialkontakte in der Arbeit eine wichtige Form der gesellschaftlichen Teilhabe. Die durch die Krise entstandenen historischen Einschnitte am Arbeitsmarkt werden aber noch Jahre zu spüren sein: Im Frühjahr 2020 kam es zum stärksten Beschäftigungseinbruch seit 70 Jahren, die Arbeitslosigkeit stieg rasant und für rund 40 Prozent der unselbstständig Beschäftigten wurde Kurzarbeit angemeldet. Für ein Land, das beispielsweise vor der Finanz- und Wirtschaftskrise (2008) rund 200.000 Arbeitslose auswies, sind Arbeitsuchende jenseits der 400.000- oder 500.000-Marke bisher fast denkunmöglich gewesen. Jetzt sind sie Realität und für viele wird Langzeitarbeitslosigkeit die Folge sein – wenn nicht aktiv gegengesteuert wird. Ohne adäquaten Einkommensersatz – z.B. einer Nettoersatzrate von 70 Prozent – wird auch die Armutsfalle gnadenlos zuschlagen.

Auch inmitten der Pandemie gilt es als gängiges Credo, möglichst schnell wieder eine Arbeit zu finden. Das be-



Langzeitarbeitslosigkeit und Armut müssen verhindert werden.

deutet jedoch nicht, dass jeder „Statuswechsel“ aus der Arbeitslosigkeit in jede Art von Beschäftigung begrüßenswert ist. Gute Arbeitsbedingungen und die Qualität der Arbeit sollten stärker im Fokus stehen. Insbesondere das Thema Gesundheit am Arbeitsplatz ist von zentraler Bedeutung: So konnten sich bisher nur sechs von zehn Beschäftigten gesundheitlich vorstellen, bis zum Pensionsantritt in ihrem aktuellen Beruf zu bleiben. Auch unvergütete Mehr- und Überstunden – in Österreich waren 2019 fast 40 Millionen Arbeitsstunden ohne adäquate Gegenleistung – sind eine ungedankte Belastung für die Gesundheit. Innovative Formen von Arbeitszeitverkürzung könnten insgesamt dazu beitragen, den materiellen Wohlstand auch in Zeitwohlstand umzuwandeln und bezahlte Arbeit gerechter zu verteilen.

Die Armut wird steigen!

Die COVID-19 Pandemie trifft gerade diejenigen hart, die schon vor der Krise zu benachteiligten Gruppen gehörten und nun wegen Erwerbslosigkeit oder Stundenkürzungen mit noch weniger Geld auskommen müssen. Aufgrund der – auch im europäischen Vergleich – niedrigen Nettoersatzrate von

55 Prozent sind vor allem auch Arbeitssuchende und Langzeitbeschäftigungslose sowie Arbeitnehmer*innen im Niedriglohnsektor, deren Einkommen trotz Erwerbstätigkeit oft unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt. In Österreich galten bisher rund 16,9 Prozent der Bevölkerung als armuts- und ausgrenzungsgefährdet. International steht Österreich damit zwar sehr gut da, was vor allem auch an den Leistungen, die der Sozialstaat bereitstellt, liegt. Aber eins scheint klar zu sein: die Armut wird weiter steigen!

Soziale und „grüne“ Investitionen notwendig

Um die hohe Lebensqualität für möglichst viele Menschen – auch in Zeiten der Krise – zu sichern, braucht es effiziente und unmittelbare Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Diese müssen sich an den sogenannten 3 „D“s – Demografie, Digitalisierung und Dekarbonisierung – orientieren.

Damit sind Umschulungen für den Gesundheits- oder Pflegebereich, aber auch Bildungsangebote für Zukunftsbranchen – etwa im Bereich der Digitalisierung – bis hin zu gemeinnütziger

STERNSTUNDE FÜR DEN SOZIALSTAAT

In der aktuellen Krise erleben Sozialstaat und Sozialpartnerschaft eine Sternstunde: Der Sozialstaat garantiert auch in Krisenzeiten den Zugang zu grundlegenden sozialen Leistungen für alle und das von den Sozialpartnern in kurzer Zeit entwickelte Kurzarbeits-Modell sicherte im Frühling 2020 den Arbeitsplatz von mehr als 1,3 Millionen Menschen.

Beschäftigung nach dem Vorbild der „Aktion 20.000“ gemeint.

Im Sinne der notwendigen sozial-ökologischen Transformation („just transition“) spielen auch Investitionen in umweltfreundliche Technologien eine zentrale Rolle. Der Schwerpunkt dieser Investitionen sollte auf Klimaschutz und zentralen Bereichen der Alltagsökonomie liegen, also insbesondere auf den Themenfeldern Wohnen, Gesundheit und Pflege, Aus- und Weiterbildung und Kinderbetreuung sowie öffentlicher Verkehr und aktive Mobilität. Dabei handelt es sich um Bereiche, deren Systemrelevanz in der COVID-19-Krise offensichtlich wurde, die aber auch abseits von Krisen wesentlich zur Lebensqualität beitragen und die rasch und effizient zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und regionaler Wertschöpfung genutzt werden können.

Welche Gesellschaft wollen wir?

Wir stehen vor heftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Verteilung der Lasten der COVID-19-Krise. Sollen tatsächlich Arbeitslose, kleine Selbstständige, Frauen, Kinder und Jugendliche die Hauptlast tragen oder gelingt es der Gesellschaft, soziale Gruppen mit größeren finanziellen Möglichkeiten in steuerliche Verantwortung zu bringen?

Um die anstehenden Herausforderungen in Bereichen wie Beschäftigung und Arbeitsmarkt, aber auch im Klimaschutz erfolgreich zu meistern, braucht es einen Dialog auf Augenhöhe zwischen zentralen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteur*innen sowie umfassende Solidarität: zwischen wirtschaftlich Starken und Schwachen, Gesunden und Kranken, Beschäftigten und Arbeitslosen, Jungen und Alten, Frauen und Männern, im Sozialstaat, aber auch über die nationalen Grenzen hinaus, mit den gesundheitlich am schwersten betroffenen Regionen der Welt ebenso wie mit den vergessenen Geflüchteten. □

Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen im Kontext der 3 „D“-Demografie, Digitalisierung und Dekarbonisierung – sind das Gebot der Stunde.

Wie geht's Österreich?

Das Projekt „Wie geht's Österreich?“ der Statistik Austria trägt zu einer differenzierten Messung von Wohlstand bei.

Zum Downloaden:
https://www.statistik.at/web_de/statistiken/wohlstand_und_fortschritt/wie_gehts_oesterreich/index.html



UNBEZAHLTE ARBEIT

HELDINNEN DER KRISE

Die aktuelle Krise zeigt, dass gerade Frauen D I E Leistungsträgerinnen der Gesellschaft sind. Sie erbringen sowohl zu normalen als auch in diesen Krisenzeiten essentielle gesellschaftliche Leistungen, die jedoch kaum angemessen entlohnt und oft erst gar nicht beachtet werden. Der Gender Pay Gap in Österreich liegt bei rund 20 Prozent – womit Österreich deutlich über dem Niveau anderer europäischer Länder liegt. Zusätzlich leisten Frauen jedoch neben der bezahlten Erwerbstätigkeit auch noch den Großteil der unbezahlten Reproduktionsarbeit – Stichwort Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen in den eigenen vier Wänden und darüber hinaus. Um die ungleiche Arbeits(ver)teilung zwischen den Geschlechtern aufzulösen, braucht es eine Ausweitung und Verbesserung der sozialen Daseinsvorsorge, insbesondere der kostengünstigen und verlässlichen Kinderbetreuung und Altenpflege, sowie eine allgemeine höhere Entlohnung in den Branchen, in denen besonders viele Frauen tätig sind. Für die Aufwertung dieses Bereiches müssen verbesserte Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeiten und zusätzliche Beschäftigte Ansatzpunkte sein.

WIFO-Bericht

Der Arbeitsmarktmonitor zeigt Stärken und Schwächen für Österreich auf – zum Downloaden: www.wien.arbeiterkammer.at/service/studien/Arbeitsmarkt/AMM_2019_AT_kompakt.pdf

Corona und Klima: Es wird eng in den Städten

Klimawandel, Bevölkerungswachstum und jetzt auch noch Corona: Die Städte stehen vor immer mehr Herausforderungen, die Anpassungen im urbanen Bereich notwendig machen. Die Lösungsansätze ähneln sich, letztlich geht es um mehr und besseren Raum für alle. VON HANNAH BERGER UND GREGOR LAHOUNIK *

KURZGEFASST

Die Städte wachsen schnell, fast zu schnell, um den Kommunen ausreichend Zeit zu geben auf die drängendsten rein urbanen Herausforderungen wie teure Mieten, immer wichtiger werdende Lebensqualität im öffentlichen Raum und die Verknüpfung mit der Region reagieren zu können. Lösungen auf die die lange Bank schieben, kann aber teuer werden, vor allem für diejenigen, die es sich nicht leisten können.

Es lebt sich gut in Österreichs Städten. Das zeigen sowohl internationale Vergleiche als auch die Befragungen bei den Bewohner*innen selbst. 92 Prozent der Linzer*innen, 91 Prozent der Wiener*innen, 90 Prozent der Grazer*innen usw. wohnen gerne oder sehr gerne in ihren Agglomerationen. Natürlich hängt das Wohlfühlen im Allgemeinen von vielen, vor allem persönlichen Faktoren wie Einkommen, Jobzufriedenheit, Alter und Gesundheit ab, aber eben nicht nur. Einfluss haben weitere, sogenannte „weiche“ Faktoren die maßgeblich zu den hohen Beliebtheitswerten der Städte beitragen. Das sind vor allem faire und ausgeglichene Zugangsmöglichkeiten zu Bildung, Wohnen, Versorgung, Mobilität und Freizeit – also Faktoren, die die Kommunen auf lokaler Ebene selbst steuern können.

Dabei sorgt die Struktur in der Stadt mit einer dichten Bebauung und einer hohen Einwohner*innenzahl fast „automatisch“ für gute Versorgungsgrade, etwa bei Kultur-, Gesundheits- und

Bildungseinrichtungen. Fast ebenso „automatisch“ bringt die selbe Stadtstruktur zahlreiche Nutzungskonflikte mit sich. Das trifft insbesondere auf den öffentlichen Raum zu. Hier überlagern sich viele, oft nicht miteinander kompatible Interessen. Das führt zu – sehr emotionalen – Verteilungsdiskussionen, wie etwa beim Radfahrverbot auf der Innsbrucker Maria-Theresienstraße, der Begegnungszone auf der Wiener Mariahilfer Straße oder beim Errichten von 10 Fahrradabstellplätzen statt eines einzelnen Parkplatzes.

Raum unter Druck

Die Politik ist mit dem Dilemma konfrontiert, entscheiden zu müssen, welche Wünsche auf dem beschränkten öffentlichen Raum befriedigt werden und welche nicht. Ein Dilemma, das sich wegen des Städtewachstums, des Klimawandels und der Corona-Krise noch weiter zuspitzt. So haben die Städte immer mehr Einwohner*innen, das bedeutet mehr Menschen in Parks, auf Spielplätzen sowie auf Straßen,



*Hannah Berger ist Mitarbeiterin der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.



*Gregor Lahounik ist Raumplaner und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.



„Bitte nehmen Sie Platz“: Wenn die Qualität nicht passt, verkümmert der öffentliche Raum.

„ Es ist Zeit, den öffentlichen Raum wieder allen zurück zu geben.

Rad- und Fußwegen. Aufgrund der Pandemie-Beschränkungen (Lockdown, Reisebeschränkungen, Verbot von Events usw.) ist ein Rückbesinnen auf die Qualitäten des direkten Wohnumfeldes festzustellen. Diese Anpassung erfolgt weitaus schneller als gedacht und der öffentliche Raum wird zusehends – ob nun in Parks, auf der „Gstettn“ oder auf den Gehsteigen – zur notwendigen Ergänzung des Wohnraumes. Besonders rasch haben dabei jene gehandelt, die vom Lockdown wegen fehlender mondäner Zweitwohnsitze, zu kleinen Wohnungen oder geschlossener Jugend- und Eventlocations besonders betroffen waren. Gerade Ärmere und Jüngere haben die Aktivitäten nach draußen verlagert und es entstanden in der Öffentlichkeit neue Zentren. Ge- paart mit notwendigen Maßnahmen zur

Klimaanpassung (Entsiegelung, Baumpflanzungen als wirksamste Maßnahme gegen die Überhitzung der Stadt, Versickerungsbereiche usw.) sorgt die COVID-Krise also für die Notwendigkeit den Raum neu aufzuteilen.

Das Dilemma der Politik verschärft sich zwar zusehends, bietet dabei aber zeitgleich die Chance es aufzulösen, denn die Handlungsnotwendigkeiten werden die Laissez-Faire-Politik der letzten Jahre in jedem Fall verdrängen. Dabei bedarf es natürlich unterschiedlicher lokaler Akzente im öffentlichen Raum und die dichten Bereiche der Kernstädte benötigen andere Maßnahmen als die Außenbezirke oder das Stadtumland. Flexibilität in der Nutzung, Konsumfreiheit, faire Verteilung und Zugänglichkeit für alle müssen dabei aber stets in den Vordergrund

gestellt werden. Je vielfältiger der Platz für jede/jeden ist, desto eher kann er als das Bindeglied der urbanen Gesellschaft dienen.

Wohnwunder unter Druck

Entscheidend ist allerdings nicht nur der öffentlich Raum, sondern auch die Gestaltung der Wohnungen und der Gebäude. Leistbarer Wohnraum wird immer rarer und für viele zur Existenzfrage. EU-weit sind in keinem anderen Land die Preise für Wohnen zwischen 2007 und 2019 stärker gestiegen als in Österreich. So wurden laut Eurostat zwischen 2005 und 2017 die Eigentumswohnungen um 78 Prozent und die Mietwohnungen um 48 Prozent teurer. In den Ballungsräumen waren die Steigerungen noch ausgeprägter. Die Preise sind damit deutlich stärker als die Einkommen gestiegen. Entsprechend hoch ist der Druck auf Boden- und Immobilienpreise. Diese klettern, angetrieben von Verknappung und Spekulation, in astronomische Höhen und schließen den sozialen Wohnbau von künftigen Projekten immer weiter aus. Sie erhöhen auch den Druck, jeden Quadratmeter gewinnbringend verwenden zu müssen, oft zu Lasten der entsprechenden Freiflächen. „Luft, Licht, Sonne“, das Motto des Gemeindebaus in der Zwischenkriegszeit, welches etwa den Mythos des Wiener Wohnwunders mitbegründete, muss unter den derzeitigen Rahmenbedingungen ins Hintertreffen geraten. Hier ist eine Trendumkehr durch Widmungen („geförderter Wohnbau“), Vorantreiben der Grundstücksverfügbarkeit, Bekämpfung der Spekulation usw. dringend erforderlich. Letztlich garantiert ausschließlich der geförderte Wohnbau die Leistbarkeit des Wohnens und ein neues Wohnwunder. →

Nach der Krise ist vor der Krise

Initialzündung für Wien nach Corona: Wie Wien Weiter
<https://resolver.obvsg.at/urn:nbn:at:at-akw:g-3554271>

Schwerpunkt Nachhaltiger Wohlstand

Autos unter Druck

Bei einer Neuaufteilung des öffentlichen Raums für alle, spielt Mobilität eine große Rolle. Derzeit wird den Autos auf den Verkehrsflächen am meisten Platz eingeräumt, obwohl der Großteil der Menschen in Städten gar nicht mit dem Auto unterwegs ist.

Personen mit höherem Einkommen nutzen das Auto für tägliche Wege am häufigsten. Das spiegelt sich auch in Zahlen zu Mobilitätskosten und Auto-besitz wider. Fast die Hälfte des untersten Einkommensviertels besitzt in Österreich kein Auto und gibt pro Person und Monat deshalb nur 60 Prozent der durchschnittlichen Mobilitätskosten aus. Je höher das Einkommen pro Haushalt, desto höher die Intensität der Autonutzung. Demzufolge ist der CO₂-Ausstoß des reichsten Einkommenszehntels durch Autonutzung sieben Mal höher, als der des ärmsten Einkommenszehntels.

Wenn nun Städte „um das Auto herum“ gebaut werden, der Straßenraum vorrangig dem motorisierten Individualverkehr gehört und ein großer Teil des öffentlichen Raums als Pkw-Abstell-



Stadt für alle braucht Qualität.

platz dient, wird der Autoverkehr vor allem zu Gunsten höherer Einkommen gefördert. Dazu kommt, dass Personen mit niedrigem Einkommen am stärksten Abgasen und Lärm des Kfz-Verkehrs ausgesetzt sind, da günstige Wohnungen in den Ballungsräumen sehr oft an viel befahrenen Straßen liegen.

Um dieses Ungleichgewicht beseitigen zu können, sind konkrete Maßnahmen notwendig. Ein Ausbau der öffentlichen Verkehrsangebote sowie der Ausbau der Fußwege- und Radinfrastruktur als klimaverträgliche Mobilitätsformen sind unumgänglich. Dazu muss der Schwerpunkt im städtischen Straßenraum bei der Ausgestaltung auf Umweltverbund und Aufenthaltsqualitäten liegen. So kann einerseits allen Verkehrsteilnehmer*innen eine gleichberechtigte Teilhabe im Verkehrssystem ermöglicht und andererseits eine

Verlagerung hin zu nachhaltiger Mobilität erreicht werden.

Ein Blick in die Regionen

Mit ihrer kompakten Siedlungsstruktur haben Städte eine bessere Ausgangslage für ein dichtes öffentliches Verkehrsangebot als Regionen. Trotzdem ist auch in den Regionen der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes entscheidend, um Mobilität für alle sicherzustellen und leistbar zu machen. Gerade Regionen rund um Städte weisen mit einer hohen Anzahl an Arbeitsspendelnden starke Mobilitätsverflechtungen auf. Steht für den Arbeitsweg eine öffentliche Verkehrsanbindung zur Verfügung, kostet diese dem Pendelnden im Vergleich zum Auto nur einen Bruchteil. Zum Beispiel betragen die gesamten Pendelkosten in Niederösterreich für zwanzig Kilometer pro Arbeitsweg mit dem Auto 447 Euro im Monat und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln 65 Euro. Wie in der Stadt, ist es auch in den Regionen erforderlich, dass sich Verkehrsstrukturen nicht mehr ausschließlich am Auto orientieren, öffentliche Verbindungen weiter ausgebaut werden und damit allen Menschen Zugang zu leistbarer und klimaschonender Mobilität garantiert wird.

UMDENKEN

HÖRT DIE SIGNALE

Bei Umgestaltungen des öffentlichen Raumes wird klar: Das Auto polarisiert. Für die einen ist es Grundrecht, nationale Melkkuh und ein abgasoptimiertes Ökotransportmittel. Andere sehen in ihm eine steuermittelverschlingende, raumfressende, laute, gesundheitsgefährdende Dreckschleuder. Tatsache ist, dass das Auto enorm an Chic einbüßt.

Längst ist den jungen Menschen das Handy viel wichtiger und gibt es in manch einem Citybezirk schon um 50 Prozent mehr Stellplätze als Pkw-Besitzende. Unter den Wiener*innen können sich nur mehr 7 Prozent derer, die das Auto mehrmals pro Woche verwenden, nicht vorstellen, „gut ohne eigenes Auto auszukommen“.

Lebenswerte Stadt für alle

Für die Städte gibt es viele Aufgaben zu erledigen, um für einen verträglichen Verkehr und den notwendigen fair verteilten öffentlichen Raum zu sorgen. Dabei ist die Option „nichts zu tun“ die schlechteste Alternative. Lebendige städtische Räume, die zum Austausch und zur Kommunikation einladen, entstehen nicht von selbst und schon gar nicht im freien Spiel der Marktkräfte. Entscheidend sind die Zugänglichkeit und die Qualität des öffentlichen Raumes und diese müssen, mutig und verbindend, von der lokalen Politik gestaltet werden. □

Nichts zu tun ist die denkbar schlechteste Alternative für den öffentlichen Raum in der Stadt.

INTERVIEW MIT HALLIKI KREININ

SOZIALE FREIHEIT IST TEIL DES WOHLBEFINDENS

In den letzten Jahren gibt es vielversprechende Ansätze zur Messung von menschlicher Entwicklung innerhalb der planetaren Grenzen. Warum bleibt das BIP so dominant? Und was bedeutet Wohlstand eigentlich? Darüber spricht die Wirtschaft & Umwelt mit der Forscherin Halliki Kreinin.

Es ist klar, dass das BIP allein kein geeigneter Indikator zur Messung von Wohlstand ist. Warum setzen sich alternative Messmethoden so schwer durch?

Zum Teil liegt es daran, dass das BIP eine einfach zu verstehende Zahl ist. Gesellschaftliches Wohlergehen ist in der Realität schwer zu messen, weil es viele verschiedene Facetten und Elemente hat, die komplexere Ansätze erfordern. Die „Donut“-Ökonomie von Kate Raworth leistet z.B. einen guten Beitrag zur Messung des Wohlbefindens innerhalb planetarer Grenzen. Ein anderer Grund für den „Erfolg“ des BIPs ist wohl auch, dass herrschende Klassen bestens mit dem Wohlstandskonzept leben können, weil hierbei gesellschaftliche Ungleichheiten völlig ausgeblendet werden.

Staaten mit sehr hoher menschlicher Entwicklung (gemessen anhand des HDI) weisen einen großen ökologischen Fußabdruck auf, der Preis von weniger Umweltbelastung scheint ein niedrigerer Lebensstandard zu sein. Wie kommt man aus diesem Dilemma heraus?

Das Dilemma kann empirisch beobachtet werden, ist aber keine Notwendigkeit. Ein Großteil der Emissionen, die durch Konsum und Produktion entstehen, trägt nicht wirklich zur gesellschaftlichen Wohlfahrt bei. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, müssen wir das Ziel der Wirtschaft wieder auf Wohlfahrt ausrichten, weg von der Profitmaximierung und dem

BIP-Wachstum, das normalerweise nur einigen wenigen zugutekommt. Vorschläge wie eine Arbeitszeitverkürzung und der „consumption corridor“ (ein Verbrauchskorridor mit Mindest- und Höchstniveau) könnten hierbei Orientierung geben. Auch eine Ausrichtung an der Befriedigung von Bedürfnissen sowie die Begrenzung des nicht-nachhaltigen Überkonsums wären erste Schritte.

Wie hängen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zusammen? Welche Strategien braucht es, damit Wohlstand und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen?

Soziale Gerechtigkeit und Wohlstand sind sehr eng miteinander verbunden. Wir wissen, dass alle sozialen Schichten in der Gesellschaft davon profitieren, wenn es weniger Ungleichheit gibt. Soziale Ungleichheit wirkt sich auf das Wohlergehen aus.

Schlussendlich: Wie würden Sie Wohlstand definieren?

Eine substantielle Definition von Wohlstand umfasst mehr als nur die Befriedigung materieller Bedürfnisse, sondern auch Zeit für Kreativität, Zuneigung, Kultur und die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft. Darüber hinaus glaube ich, dass Polanyis Vorstellung von sozialer Freiheit ein Teil des Wohlbefindens ist: Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen und als Mitglied der Gesellschaft akzeptiert zu werden, sind Grundbedürfnisse und Teil eines umfassenden Freiheitsverständnisses. Menschen sind soziale Wesen und daher im Kontext ihrer Gesellschaft zu verstehen.



Halliki Kreinin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin (Prae Doc) am Institut für Ecological Economics sowie am Institut für Sozioökonomie der Arbeit an der WU Wien.

Rund 11.800 Einwohner*innen zählt die Stadt Weiz - und ca. 11.500 Menschen finden in der oststeirischen Stadt ihren Arbeitsplatz. Vorbildlich ist Weiz aber nicht nur bei der Beschäftigung, 2019 wurde die Stadt bereits zum zweiten Mal mit Gold beim European Energy Award ausgezeichnet. **EVA-MARIA LEODOLTER***

Weiz - mit Ideenreichtum zum nachhaltigen Vorbild

KURZGEFASST

Eingebettet in das oststeirische Hügelland liegt die Kleinstadt Weiz, die in den Bereichen Klimaschutz, Innovation, Arbeitsplätze, Energieautarkie, Verkehrslösungen und Lebensqualität europaweit als positives Beispiel gehandelt wird. Man spricht über Weiz. Ein Grund mehr nachzuforschen, weshalb gerade diese Bezirksstadt soviel Nachahmenswertes hervorbringt. Resümierend muss es heißen: Weiz hat alles, was es für eine nachhaltige Zukunft braucht.

Wenn sich Städte ganz Europas mit einer Kleinstadt in der Oststeiermark messen und den Innovationen dieser knapp 12.000 Einwohner*innen zählenden Kommune nacheifern, dann ist das bemerkenswert. Beim sogenannten „e5 European Energy Award“ erzielte Weiz bereits zum zweiten Mal im vergangenen Jahr die höchste Prämierung „Gold“. Um diesen Preis zu erhalten, bedarf es eines Konzeptes, das die Bereiche Energieeffizienz, Klima- und Umweltpolitik sowie Mobilität umfasst. Erst wenn alle Bereiche herausragende Ergebnisse zeigen, wird nach einem ausführlichen Audit von einer Kommission diese Auszeichnung verliehen. Im Fall von Weiz erreichte man als erste steirische Gemeinde mit 81,8 Prozent der geforderten Auflagen diese Auszeichnung.

Nachhaltigkeit bereits seit 20 Jahren

Der Weg in Richtung Umwelt-, Energie- und Klimaschutz hat in Weiz eine lange Tradition.

Seit 20 Jahren arbeitet man bereits Konzepte und Projekte zu diesen Themen aus. „Mit der Einrichtung von eigenen Innovationszentren, Gesellschaften wie der Projektentwicklungs GmbH und der Heranziehung echter Profis auf den jeweiligen Gebieten, haben wir es geschafft die Visionen meiner Vorgänger umzusetzen“, erklärt Bürgermeister Erwin Eggenreich. Einen Großteil der Projektumsetzung im innerstädtischen Bereich übernimmt die Stadtverwaltung selbst. Hier arbeiten in erster Linie die Umweltauswahl und die eigens gegründeten Unternehmen Hand in Hand.

Als vor 20 Jahren die Idee einer nachhaltigen Stadtpolitik entstand, konnten viele Weizer dies nur schwer nachvollziehen. Damals war Weiz als Industriestadt bekannt – Energieeffizienz, Klimaschutz und Nachhaltigkeit wohl eher weniger üblich im örtlichen Sprachgebrauch. Das Umdenken kam mit dem Wunsch – entgegen dem Trend zum „Gewerbepark auf der grünen Wiese“ – die komplette

Infrastruktur des Handels und des täglichen Lebens innerhalb des Stadtgebietes anzusiedeln bzw. zu halten. Während viele Kommunen mit dem Ortskernsterben zu kämpfen haben und das Zupflastern von Grün- und landwirtschaftlichen Nutzflächen durch Industrie- und Gewerbeparks weitergeht, ging Weiz andere Wege. Die Belebung der Innenstadt zu gewährleisten war nur durch ein durchdachtes Mobilitätskonzept möglich.

Vom Nadelöhr zur Verkehrsdrehscheibe

Eine Stadt mit vielen Arbeitsplätzen hat selbstverständlich auch eine sehr hohe Pendlerfrequenz. Täglich pendeln 2.560 Weizer aus dem Stadtgebiet hinaus und 10.720 Menschen herein. Österreichweit belegt Weiz mit 169 Prozent Pendlerquote den fünften Platz bei den Städten. Damit der Innenstadt nicht der Verkehrskollaps droht, mussten tragbare Bedingungen geschaffen werden. Weiz ist grundsätzlich gut erreichbar. Die Verkehrsanbindung über die



*Eva-Maria Leodolter ist Unternehmerin und Redakteurin bei der Wirtschaft und Umwelt der AK Wien.

So gewinnt man Gold

Österreichweit nehmen bereits 240 Gemeinden am e5-Award teil. Den kompletten Audit-Bericht zum e5 European Energy Award 2019 findet man hier: <https://www.e5-steiermark.at/steirische-e5-gemeinden/weiz/>



Wohnraum und Arbeitsplätze im Grünen - Weiz ist heute mehr als nur eine Industriestadt.

B 72 (Richtung Graz/Krieglach) und die B 64 zur A2-Auffahrt in Gleisdorf (Richtung Graz/Wien) sowie die S31-Bahnverbindung der Landesbahnen nach Gleisdorf und Graz und die guten Busverbindungen ins Umland bieten eine brauchbare Basis. Innerstädtisch gibt es zahlreiche Busse und eigens entwickelte Mobilitätsplattformen. Noch vor einem Jahrzehnt war Weiz bekannt als Nadelöhr. 2017 begann man schließlich mit der „Ortsdurchfahrt Neu“ diesen Umstand zu ändern. In drei Abschnitten wurde und wird das neue Verkehrskonzept umgesetzt. Kostenpunkt ca. 130 Mio. Euro, Fertigstellung 2022. Die ersten beiden Projektabschnitte sind bereits umgesetzt. Eine Straßenerneuerung inklusive Gleisverlegung (Abschnitt

3a) ist bereits fertiggestellt, zwei großzügige Unterflurtrassen inklusive Untertunnelung bis zum LKH (Abschnitt 2) sind in Bau, eine mögliche Untertunnelung bis zum Bundesschulzentrum im Norden (Abschnitt 3) wird vielleicht später einmal errichtet. Die Verlegung der Gleisanlage war wohl eine der größten Herausforderungen. Das Ziel war es, den Norden der Stadt und somit auch die dort befindliche Andritz AG/Siemens, anzuschließen. Die Standortsicherung ist für die Stadt essenziell. Außerdem profitieren davon auch alle Bewohner*innen. Die Schnellbahn S31 fährt im halbstündlichen Takt quer durch die Stadt. Weiz hat sich entschieden, bewusst die Industrie-, Gewerbe- und Handelszonen im Zentrum zu halten. Die Wid-

mung von Flächen für Wohn- und Siedlungsbau findet ebenfalls in der Stadt und nicht außerhalb statt. Mit den Nachbargemeinden hat Weiz ein gutes Einvernehmen. Etwaige Industriegebiete werden gemeinsam geplant. Die Gemeinde St. Ruprecht an der Raab übernimmt z.B. gemeinsam mit Weiz die Anschließungsgebühren für neue Betriebe und teilt sich das Kommunalsteueraufkommen im Verhältnis 70 Prozent (Stand-

ortsgemeinde) zu 30 Prozent (Partnergemeinde).

Naherholung für die Stadtbevölkerung

In Zeiten von Corona hat sich stark gezeigt, dass gerade Menschen in urbanen Zentren Rückzugs- und Erholungsflächen brauchen. Für den Zweck der Naherholung hat Weiz deshalb kürzlich 25 Hektar von der Nachbargemeinde Mortantsch erworben. Hier entsteht ein →

FACTSHEET

INDUSTRIE- UND BILDUNGSSTANDORT

Die Stadt Weiz ist durch die ehemalige ELIN Union und deren Nachfolgebetriebe sowie Großkonzerne (Andritz AG/Siemens) und Baufirmen (Lieb-Bau, Stahlbau) zu einem Zentrum der Elektroindustrie und einem Top-Beschäftigungsstandort geworden. Es gibt ca. 11.500 Arbeitsplätze, 420 davon in der Stadtgemeinde bzw. den 14 stadt-eigenen Betrieben. Als Bezirkshauptstadt ist Weiz mit 3.000 Schüler*innen und vielen Bildungsmöglichkeiten außerdem ein wichtiger Bildungsstandort in der Region. Das Energie-Innovationszentrum W.E.I.Z bietet eine zusätzliche Wirtschaftsplattform für innovative Unternehmen. Weiters ist Weiz als Kulturstadt (Kunsthause) und für das ausgezeichnete innerstädtische als auch überregionale Verkehrsnetz (Bus, S-Bahn) bekannt.

„ ICH BIN EIN GEWERKSCHAFTERKIND UND IN DER INDUSTRIESTADT WEIZ GROSS GEWORDEN. FÜR MICH IST ES GANZ WICHTIG, DASS ES DEN MENSCHEN HIER GUT GEHT.

BGM. ERWIN EGGENREICH

Arbeiten, Verkehr und Leben

Zuschüsse für das Verbund Top-Ticket für die Jugend, Förderungen beim Fahrradkauf, Öko-, Wirtschafts-, Sozial- und Mobilitätsförderungen... Mehr dazu auf: <https://weiz.riskommunal.net/Services>, <http://mobil.weiz.at/>

→ grüner Naturraum, der allen Weizer*innen zur Verfügung stehen wird. Zum umweltfreundlichen Stadtbild selbst tragen auch zahlreiche begrünte Objekte bei. Erstmals versuchte man sich an einer grünen Fassade – hinter dem historischen Rathaus. Mit der Idee der Begrünung der Gleisanlagen hatte die Landesbahn wenig Freude. „Das war ein harter Kampf. Aber man hat sich hier auf bodendeckende Pflanzen einigen können, die weder den Zugverkehr behindern, noch extra gepflegt oder gemäht werden müssen,“ heißt es seitens der Stadt.

Mobile Bäume und Grünzonen – vor allem am Weizbach – sorgen für bessere Luft und zahlreiche Radwege sollen animieren, das Auto stehen zu lassen. Mit einer Ausdehnung von 17,5 km² kann man in der Stadt Weiz praktisch jeden Punkt zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichen. Dieser Devise folgt übrigens auch der Bürgermeister. Der tägliche Gebrauch seines E-Bikes ist kein PR-Gag, sondern entspricht seiner Haltung gegenüber einer klimaneutralen Mobilität.

WeizBike, E-Carsharing und WASTI

Nachhaltige Fortbewegung wird in Weiz großgeschrieben. Dank eines Entwicklungsprogrammes des Landes Steiermark



Unter dem Motto „Grüne Stadt“ sollen noch weitere bepflanzte Fassaden folgen.

konnte ein langfristiges, verbindliches und strukturiertes Radverkehrskonzept erstellt werden. Ein umfangreiches Radwegenetz, zahlreiche Möglichkeiten sich ein Rad (E-Bike und Normal-Fahrrad) an signifikanten Stationen auszuleihen (WeizBike), sowie spezielle Zuschüsse für Stadtmitarbeiter bei der Anschaffung eines Fahrrades, beflügeln die Radmobilität gleichermaßen.

Mit der neuen Aktion „JobRad“ bietet die Personalvertretung in Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinde Weiz jedem/r

Mitarbeiter*in beim Kauf eines Fahrrades oder E-Bikes eine Förderung von 25 Prozent (maximal € 400) an. Diese Aktion wird sehr gut angenommen. Auch das E-Carsharing findet Anklang. Es wurden geförderte Elektro-Autos angekauft und über einen Verein zur Verfügung gestellt. Dem Trend zum Zweitauto wird so entgegengehalten. Zur Reduktion des Individualverkehrs trägt auch das Projekt WASTI – das Weizer Anruf Sammel Taxi bei. Von 175 Sammeltaxi-Haltestellen

kann man sich vergleichsweise günstig (2 Euro für Einfach- und 3 Euro für Hin- und Retourfahrten) abholen lassen.

Zukunft in Weiz

Die nächsten Jahre sollen in Weiz einen massiven Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel bringen. Denn auch wenn die Stadt praktisch alles, was man sich an modernen Mobilitätsangeboten vorstellen kann, schon so gut wie umgesetzt hat, so hat sie doch auch mit Problemen zu kämpfen. In erster Linie sind

NACHHALTIGE INNOVATIONEN

EINE STADT MIT VIELEN AUSZEICHNUNGEN

Seit dem Beitritt zum Klimabündnis und der ersten Teilnahme am e5 European Energy Award 2007 (50 Prozent der erreichbaren Punkte/Ziele) und dem ersten, gewonnenen e5 Gold 2014 (80 Prozent) ist einiges geschehen. Nach der Gemeindestruktureform 2015 (Eingliederung von Krottendorf) wurde 2017 mit der Planung der neuen Ortsdurchfahrt begonnen. 2018 folgte ein vehementer Ausbau des Radwegenetzes und der Masterplan „Mobilität“ sowie die SECAP-Erstellung (Sustainable Energy and Climate Action Plan) und die Errichtung der neuen Bahnhofsterrasse in der Stadt. 2019 erhielt Weiz auch den VCÖ-Mobilitätspreis Steiermark (Radwegenetz) und die Aus-

zeichnung Fahrradfreundlicher Betrieb (Projekt „City Walk“). Bei der Energie- und Wärmeversorgung sowie im Abfallmanagement ist man fast autark. 70 Prozent der innerstädtischen Haushalte und Betriebe werden von der eigenen Fernwärme versorgt. Bei den 43 kommunalen Gebäuden erreicht Weiz einen Versorgungsanteil an Erneuerbarer Energie von 98 Prozent. Als Lohn dafür gab es 2019 beim Audit zum e5 EEA erneut Gold (81,8 Prozent). 2019 wurde Weiz vom Gemeindebund weiters mit dem IMPULS Award als „Innovativste Gemeinde Österreichs“ für das ausgezeichnete Präventions-Management (Blackouts, Hochwasser, Katastrophen) prämiert.

Weiz geht als e5-Gemeinde mit gutem Beispiel voran und versucht das Bewusstsein der Bevölkerung für den Klimaschutz positiv zu beeinflussen.

das Parkraumprobleme. Die Schaffung des „Park's“, eines Einkaufszentrums mit eigenem großen Parkhaus und die blauen Zonen mit moderaten Parkgebühren sind nur ein Anfang. Gratisparken ist kein zukunftsträchtiges Konzept mehr, aber günstig Parken, das soll in Weiz weiter möglich sein.

Das nächste Riesenprojekt steht schon in den Startlöchern. Auf dem Gelände des ehemaligen Bauhofes (2017 in den Süden verlegt und großzügig ausgestaltet), entsteht das Stadtparkquartier. Neben Unterhaltung, Gastronomie und Einkaufsmöglichkeiten wird auch die Natur nicht zu kurz kommen. Denn das Projekt beinhaltet einen 6.000 m² großen Park mit Grünfläche. Wie wichtig Nachhaltigkeit ist, sollen schon die kleinsten Weizer begreifen. Zum Bildungszweck wurden deshalb 18 Energie Schau-Punkte errichtet. Einer davon ist das erste, österreichische Plusenergiegebäude, das Geminihaus. Gelesen im neuen Funergy Park bringt es Kindern und Jugendlichen spielerisch das Thema Energie näher. □



Öffentlicher Verkehr ist in Weiz ein zentrales Thema.

BGM. ERWIN EGGENREICH IM GESPRÄCH

WEIZ WILL NOCH MEHR ERREICHEN

Energie- und Innovationsvorzeigestadt ist Weiz ja bereits – wo sehen Sie Zukunftspotenziale in der Entwicklung?

Auf dem Sektor Mobilität ist immer noch Luft nach oben. Die Zielgruppe Jugend muss gefördert werden, noch stärker sind öffentliche Verkehrsmittel bzw. das Fahrrad anzusprechen. Deshalb haben wir vor, den ÖV zu forcieren und setzen auf mehr Radwege und eine echte Radfahrstraße quer durch die Stadt.

Mit der Eröffnung des JUFA Weiz im Mai 2020 haben wir außerdem weitere Sport- und Freizeitaktivitäten für junge Menschen geschaffen. In Zukunft werden wir auch Augenmerk auf gesunden, sanften Tourismus und Naherholung legen.

Gerade haben Sie das neue Projekt Stadtparkquartier präsentiert – was wird dieses für die Bewohner*innen bringen?

2017 haben wir den Wirtschaftshof im Süden von Weiz neu errichtet. Mit 20.000 m² ist dies der zweitgrößte der Steiermark. So ist im Bereich des alten Wirtschaftshofes Raum für das Projekt Stadtparkquartier entstanden. Herzstück

wird ein Cineplexx Kino sein. Angehängt daran entsteht ein Einkaufskomplex mit Lebensmittelhandel und Gastrobereich. Gleichzeitig wird ein großzügiges Grünareal mit Parkanlage auf 6.000 m² geschaffen.

Das wird das Stadtbild von Weiz durch diese grüne Freizeitoase enorm aufwerten. Auch ein Wohnprojekt mit 15 Wohneinheiten wird dort errichtet.

Wie kommt Weiz durch die COVID-Krise?

Sicher sind unsere großen Projekte alle erst durch die Unterstützung von Seiten des Landes Steiermark möglich geworden.

Gerade in Zeiten von Corona und der prekären Lage sehen wir, dass es ohne treffsichere und großzügige Unterstützung von Bund und Land auch in Zukunft nicht gehen wird. Das bisher entstandene Minus von 2,5 Mio. Euro durch die Pandemie wird von uns als Stadt Weiz allein nicht zu stemmen sein.

Ideen in Krisenzeiten

Mit den Gutscheinen „Weiz packt's an“ versucht man in Corona-Zeiten Anreize für den bewussten Konsum in der Stadt zu bieten. Mehr dazu auf: https://www.weiz.at/Weiz_packt_s_an



Erwin Eggenreich (SPÖ) ist seit 2012 Bürgermeister der Stadt Weiz.

Ein Haus für die Zukunft ist ausgeklügelt gebaut und nicht einfach auf die grüne Wiese gestellt, sondern gut an die Infrastruktur angebunden. Sorgfältige Planung und firmenunabhängige Beratung sind das Um und Auf beim Bauen und Sanieren. **VON SABINE VOGEL***

Richtig gut planen für energieeffizientes Wohnen

KURZGEFASST

Energieeffizientes Wohnen braucht mehr als ein gut gedämmtes Haus. Die Standortwahl, Verwendung von ökologisch geprüften Baustoffen und der Einsatz energiesparender Haustechnik zeichnen ein modernes, klimaschonendes Haus aus. Wer sorgfältig plant, wohnt komfortabel und schont dabei die Umwelt.

Energiesparende Häuser bieten höchsten Komfort und Behaglichkeit bei geringen Heizkosten. Noch vor dem Kauf eines Grundstückes oder einer Immobilie steht eine gründliche Analyse der eigenen Bedürfnisse an. Der künftige Wohnort sollte ein nachhaltiges Leben ermöglichen, langfristig zufrieden machen und für verschiedene Lebensphasen passen. Eine gut ausgebaute Infrastruktur und Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel beeinflussen den ökologischen Fußabdruck mindestens genauso wie energiesparendes Bauen. Wenn täglich mit dem Auto gependelt werden muss, macht das die Energieersparnis durch Passivhausbauweise zunichte. Erst nach genauen Überlegungen und mit kompetenter, firmenunabhängiger Beratung sollte die

Entscheidung für den Standort und die Detailplanung erfolgen.

Das Material energieeffizient wählen

Energieeffizient ist ein Gebäude nicht nur dann, wenn es wenig Energie zum Heizen oder Kühlen braucht, sondern auch wenn die Baumaterialien sorgfältig gewählt sind. Je weniger Energieaufwand für die Produktion der Materialien aufgewendet wird und je kürzer die Transportwege sind, desto besser ist die ökologische Bewertung und desto geringer ist der Anteil der „grauen Energie“. Damit ist jene Energie gemeint, die nicht während der Nutzung von Produkten verbraucht wird, sondern bei deren Herstellung und Transport. Baumaterialien werden durch das Institut für Baubiologie mittels OI3-Index

(s. Link im Kasten) auf Nachhaltigkeit geprüft und bewertet.

Ein zusätzlicher Faktor für die ökologische Bewertung ist die Recyclingfähigkeit und Wiederverwendbarkeit von Baustoffen beim Abriss des Gebäudes – sie ist bei der Planung mit zu bedenken.

Gut gebaut ist halb geheizt

Die Qualität der Gebäudehülle und eine effiziente Haustechnik beeinflussen den Energieverbrauch maßgeblich. Das Gebäude sollte, egal ob bei Neubau oder Sanierung, den Standard für Niedrigstenergiehaus (A+) oder besser noch Passivhausstandard (A++) erreichen. Das hat den Vorteil, dass wenig Heizenergie benötigt wird. Gute Wärmedämmung verhindert ungewünschte Wärmeverluste. Eine Komfortlüftung mit Wärmerückgewinnung sorgt für gute Luftqualität. Großzügige südseitige Verglasungen mit Verschattung bieten einen hohen natürlichen Lichtanteil.

„ KOMPETENTE BERATUNG IST DIE BASIS FÜR KLIMASCHONENDES WOHNEN UND LANGANHALTENDE FREUDE AM HAUS. “



*Sabine Vogel, DIE UMWELTBERATUNG, Expertin für Bauen, Wohnen und Energie.



Dämmstoffe richtig eingesetzt

In der Broschüre „Dämmstoffe richtig eingesetzt“ gibt DIE UMWELTBERATUNG Tipps zur Dämmstoffwahl: www.umweltberatung.at/shop



Das Öko-Haus im Grünen ist nur dann nachhaltig, wenn auch Lage und Infrastruktur passen.

Kennzahlen für ein Passivhaus

- Ein behagliches Innenklima ist im Passivhaus mit klein dimensionierter Heiztechnik und ohne Klimaanlage erreichbar. Der Jahresheizwärmebedarf, um eine Temperatur von 20 Grad zu halten, darf max. 10 kWh/m²a betragen.
- Die U-Werte aller Bauteile müssen den Passivhausstandard erfüllen. Je niedriger der U-Wert zum Beispiel von Außenwänden, Dach oder Fenstern, desto geringer ist der Wärmeverlust.
- Der spezifische Primärenergieeinsatz für Heizung, Warmwasserbereitung und Strombedarf darf max. 120 kWh/m²a sein.
- Die Heizlast darf max. 10 W/m² betragen.
- 3-fachverglaste Wärmeschutzfenster müssen nach Ö-NORM B5320 luftdicht und wärmebrückenfrei eingebaut werden.
- Wärmebrückenfreie Bauausführung.

Dass Räume im Winter wie im Sommer behaglich sind, wird im Passivhaus durch Wärmebrückenfreiheit, Lüftungstechnik mit Wärmerückgewinnung und gute U-Werte der Bauteile erreicht. Alternative Energiesysteme wie Photovoltaik, Solarthermie, Wärmepumpe, Fernwärmeanschluss und Biomasseheizung werden eingesetzt. Statt einer Klimaanlage sorgen die Verschattung der Glasflächen, der Einsatz von Speichermasse, die richtige Fensterorientierung und Begrünung von Fassade bzw. Dach für angenehme Temperaturen.

Die Entwicklung geht vom Passivhausstandard derzeit weiter in Richtung Plusener-

giehaus. Ein solches Gebäude erzeugt mehr Energie als es benötigt. Die Kraft der Sonne wird zur Erzeugung von Strom und Warmwasser genutzt. Der Stromüberschuss kann verkauft oder gespeichert werden.

Umweltschonendes Baumaterial

CO₂-neutrales Bauen ist möglich mit regionalem, FSC-Gütesiegel zertifiziertem Holz. Weitere Vorteile von Holz sind die geringere Baumasse und harmonische Kombinationsmöglichkeiten mit Dämmstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen. Die Massivholzbauweise wird ökologisch schlechter bewertet

als Holzständerbauweise. Die Verwendung von Ökobeton, einem Abfallprodukt der Stahlindustrie, verursacht ca. 70 Prozent weniger Treibhausgase als herkömmlicher Beton. Wird für die Zwischendecken Holz statt Stahlbeton verwendet, verbessert das ebenfalls die ökologische Bewertung. Auch für die Innenraumausstattung wie Bodenbeläge, Wandfarben, Teppiche und Möbel gibt es inzwischen eine breite Auswahl an nachhaltig produzierten und schadstofffreien Produkten mit Gütesiegeln wie dem Österreichischen Umweltzeichen, OI3-Index vom Institut für Baubiologie oder Blauer Engel. □

INFORMATIONSQUELLEN

ENERGIEBERATUNG NUTZEN

„Rebound-Effekt“ bedeutet, dass mögliche Energieersparnis durch sorglose Nutzung von Energie zunichte gemacht wird. Ein Paradebeispiel dafür ist ein Passivhaus, das ohne Anbindung an die Infrastruktur auf die grüne Wiese gestellt wird: Die Energie, die das Passivhaus einspart, wird durch tägliche Wege mit dem Pkw wieder verbraucht. Um solche negativen Effekte zu vermeiden, ist firmenunabhängige Beratung beim Planen von Neubauten und Sanierungen gefragt, wie sie z.B. DIE UMWELTBERATUNG anbietet.

Kontakte zu Energieberatungsstellen:
www.umweltberatung.at/firmenunabhaengige-energieberatung.
 In Wien bietet die HAUSKUNFT kostenlose Beratung zu Sanierungen für Eigentümer*innen von Wohnungen, Wohnhäusern und Eigenheimen:
www.hauskunft-wien.at.
 Beim Österreichischen Institut für Baubiologie und -ökologie auf www.ibo.at.
 Alles zum Öko-Index hier:
<https://www.ibo.at/materialoekologie/lebenszyklusanalysen/oekoindex-oi3>

Mit dem Entwurf für das Erneuerbaren Ausbaugesetz (EAG) hat Bundesministerin Gewessler ihr Konzept vorgelegt, wie die erneuerbare Stromerzeugung gefördert werden soll. Das komplexe Gesetzespaket bietet eine gute Basis. Doch es gibt noch erhebliches Verbesserungspotenzial. **VON DOROTHEA HERZELE UND JOSEF THOMAN***

100 Prozent erneuerbarer Strom bis 2030 – Da geht noch was!

KURZGEFASST

Bis 2030 soll der gesamte österreichische Strombedarf zu 100 Prozent durch im Inland erzeugte erneuerbare Energie (bilanziell) gedeckt wird.

Der Gesetzesentwurf muss nachgeschärft werden, um die Kosten der Stromverbrauch*innen zu senken und das Ausbauziel durch effiziente Förderung stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

In nur 10 Jahren soll die erneuerbare Stromerzeugung um 27 Terrawattstunden (TWh) erhöht werden und damit zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen stammen. Das entspricht in etwa einer Verdreifachung der bisher geförderten Ökostrommenge oder der Gesamtleistung aller großen österreichischen Laufwasserkraftwerke. Der überwiegende Teil davon soll aus Photovoltaik (11 TWh) und Windkraftanlagen (10 TWh) kommen, aber auch die Wasserkraft (5 TWh) und Biomasse (1 TWh) spielen eine Rolle.

1 Milliarde Euro jährlich

Die Förderkosten werden dabei mit 1 Milliarde Euro pro Jahr veranschlagt. Tatsächlich lassen sich die Kosten aber nicht seriös prognostizieren, da der Förderbedarf wesentlich vom stark schwankenden Stromgroßhandelspreis abhängt. Eine strenge Kostenobergrenze sieht das Gesetz nicht vor. Aufbringen sollen die Fördermittel auch in Zukunft die Stromverbrauch*innen über

einen Aufschlag auf die Netzentgelte, dem sogenannten Erneuerbaren Förderbeitrag und der erneuerbaren Förderpauschale, die pro Zählpunkt zu zahlen ist.

Weniger Kosten und mehr grüner Strom

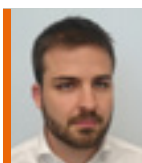
Private Haushalte sind schon heute überproportional mit den Förderkosten belastet und das Risiko der schwankenden Strompreise kann nicht von ihnen alleine getragen werden (siehe Infokasten). Die AK fordert daher eine Kostenbegrenzung für private Haushalte von rund 100 Euro pro Jahr (bei 3.500 kWh Jahresverbrauch).

Damit eine solche Begrenzung möglich ist und dennoch ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um die ambitionierten Erneuerbaren Ausbauziele zu erreichen, ist ein Bündel an Maßnahmen notwendig.

Erstens, zumindest ein Teil der Fördermittel sollte nicht über die Stromrechnung der Verbraucher*innen, sondern über das Bundesbudget finanziert werden. Das gilt insbesondere für jenen Teil der Fördermittel, welcher die Grenze von jährlich einer Milliarde Euro übersteigt. Letzteres hätte auch den Vorteil von mehr



*Dorothea Herzele ist Referentin in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien mit Schwerpunkt Energiepolitik.



*Josef Thoman ist Referent in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien mit Schwerpunkt Energiepolitik.

Planungssicherheit für große Stromverbraucher*innen, wie die energieintensive Industrie.

Zweitens betrifft die Umsatzsteuer. Die privaten Haushalte kommen nicht nur für einen überproportionalen Teil der Förderkosten auf, sondern müssen dabei auch noch zwanzig Prozent Umsatzsteuer zusätzlich zahlen. Das heißt das Finanzministerium zieht sich nicht nur aus der Verantwortung zurück, wenn es um die Finanzierung der Energiewende geht, sondern verdient sogar noch daran. Das muss nicht sein. Wie ein Rechtsgutachten der AK zeigt, reicht eine einfache Formulierung im Gesetz aus, um diese Steuerlast zu beseitigen.

Drittens, Kreditgarantien. Die Kosten für erneuerbare Energieanlagen sind stark von den Finanzierungskosten, also von Zinskosten und Risikoaufschlägen, abhängig. Staatliche Kreditgarantien, wie sie bereits heute etwa vom Austria Wirtschaftsservice (aws) vergeben werden, könnten diese Kosten wesentlich senken. Das Kredit-Ausfallsrisiko für den Staat ist durch die Förderung der erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen vernachlässigbar gering.

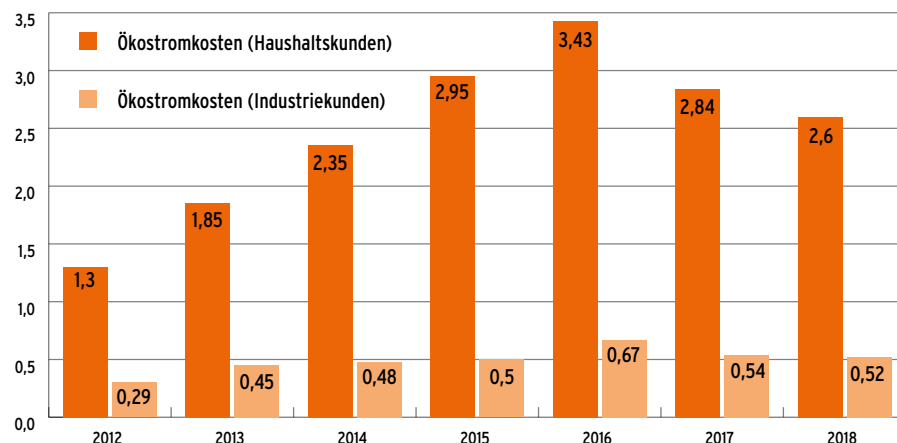
Neues Fördersystem, alte Fehler

Und – last but not least – Viertes: Bei der Ausgestaltung des Fördersystems besteht noch wesentliches Verbesserungspotenzial, welches es erlaubt aus jedem Fördereuro noch mehr grünen Strom zu gewinnen. Dazu müssen die Mittel effizienter eingesetzt werden und die Anreize verstärkt werden, um die Anlagen bestmöglich in das Stromsystem integrieren zu können.

Bisher erhielten die geförderten Anlagenbetreiber →

Kosten der Ökostromförderung für einen typischen Haushalts- und Industrieabnehmer (2012–2018; in Cent/kWh)

QUELLE: PLANK/DOAN 2019 AUF BASIS DER ÖKOSTROMBERICHTS DER E-CONTROL



GERECHTE VERTEILUNG GEFORDERT

WER TRÄGT DIE KOSTEN DES STROMSYSTEMS?

In der Studie „Power Burden – Verbrauch und Kostenverteilung im österreichischen Stromsektor“ widmen sich Leonhard Plank und Thi Bich Ngoc Doan (TU Wien, 2019) der Frage, wie die Kosten im Stromsektor verteilt sind. Sie betrachten dabei nicht nur die Preise für die Energie selbst, sondern auch Netzkosten, Ökostromförderkosten sowie Steuern und Abgaben. Sie vergleichen die Kostentragung insgesamt, aber auch die Kostenbelastung je kWh unterschiedlicher Verbraucher*innengruppen.

Private Haushalte stärker belastet als Industrie

Dabei zeigt sich, dass private Haushalte deutlich stärker belastet sind und – zum Vorteil großer Energieverbraucher*innen – damit einen entsprechend hohen Teil der Gesamtsystemkosten zu tragen haben. So entfällt rund 1/4 des Stromverbrauchs auf Private, sie kommen aber für 44 Prozent der Gesamtkosten auf. Bei der Industrie ist das Verhältnis umgekehrt, bei einem Verbrauch von rund 43 Prozent tragen die Industriebetriebe nur 21 Prozent der Gesamtkosten. Wie gravierend hier die Unterschiede sind, zeigt sich besonders deutlich an den Kosten je kWh am Beispiel der Förderbeiträge für Ökostrom. Während ein typischer Industriebetrieb

im Jahr 2018 rund 0,52 Cent je kWh für die Förderung von Ökostrom zahlte, betrug die Belastung eines privaten Haushaltes 2,6 Cent je kWh, also mehr als das Fünffache.

Versteckte Subventionen

Ausgangspunkt für eine weitere Fragestellung dieser Studie waren Hinweise der Industrie in Österreich auf mögliche Wettbewerbsnachteile gegenüber Deutschland. Denn tatsächlich nutzt Deutschland die Energiepolitik geschickt um die energieintensive Industrie mit Ausnahmebestimmungen, Rückzahlungen und Kostenbeiträgen zu subventionieren. Das gilt nicht nur bei der Zahlung der Erneuerbaren Energienumlage (EEG-Umlage), sondern auch bei den Netzkosten. Dennoch: Die Autor*innen dieser Studie stellen fest, die relative Kostenbelastung der Industrie in Österreich weist – trotz zahlreicher Ausnahmeregelungen – beinahe keinen Unterschied auf („nivelliert sich zur Gänze“). Grund dafür ist, dass im österreichischen System die Netz- und Ökostromkosten schon per se so verteilt werden, dass große Verbraucher*innen deutlich weniger beitragen müssen. Eine Tatsache, die in wirtschaftspolitischen Diskussion häufig ausgeblendet wird.

Zum Downloaden

Die gesamte Studie „Power Burden – Verbrauch und Kostenverteilung im österreichischen Stromsektor“ (TU Wien, 2019) finden Sie hier: https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/energiepolitik/Power_Burden_2019.pdf

” PRIVATE HAUSHALTE KOMMEN NICHT NUR FÜR EINEN ÜBERPROPORTIONALEN TEIL DER FÖRDERKOSTEN AUF, SONDERN MÜSSEN DAFÜR AUCH NOCH UMSATZSTEUER ZAHLEN.

ausrichtung bei PV-Anlagen, Schwachwindanlagen etc.).

Das Wie ist nicht trivial

→ Investitionszuschüsse oder einen fixen Abnahmepreis (Einspeisetarif) für jede in das Netz eingespeiste Kilowattstunde Strom. Auch in Zukunft wird es für kleine bis mittlere Anlagen (PV bis 20 kW bzw. optional bis 500 kW, Wind- und Wasserkraft bis 1 MW) Investitionsförderungen geben. Größere Anlagen sollen in Zukunft anstelle von Einspeisetarifen sogenannte Marktprämien erhalten. Das bedeutet, dass die Anlagenbetreiber ihren Strom selbst verkaufen und zusätzlich als Aufschlag auf den Verkaufspreis eine Förderung in Form der Marktprämie erhalten. Die Höhe dieser Marktprämie wird über Ausschreibungen ermittelt oder behördlich festgelegt. Sie gilt 20 Jahre und wird regelmäßig an die Strom-Marktpreisentwicklung angepasst. Sinkt der durchschnittliche Strom-Marktpreis so steigt die Prämie dementsprechend. Die Anlagenbetreiber sind somit keinem Marktpreisrisiko ausgesetzt, haben aber dennoch stärkere Anreize zur Marktingegration als bisher. Oder anders gesagt, es macht nun mehr Sinn Anlagen zu errichten, die übers Jahr gesehen vielleicht weniger, dafür aber zum richtigen Zeitpunkt mehr Strom produzieren (Ost-West- statt Süd-

Doch weder die Festlegung der Höhe der Marktprämie noch die Ausgestaltung dieser sind trivial. Über die Höhe der Marktprämie werden schlussendlich zwei Regelungen des EAG entscheiden. Und zwar die Bestimmung zur Festlegung der Höchstpreise bei wettbewerblichen Ausschreibungen und die behördliche (administrative) Festlegung der Prämie in jenen Bereichen, wo man den Anlagenbetreibern keine Ausschreibung zumuten will. Und hier liegt auch eine ganz zentrale Schwachstelle des Gesetzesentwurfs. Denn das Gesetz lässt über weite Strecken offen, wie die Höhe des Höchstpreises und der administrativen Prämie bestimmt werden sollen. Dies hat bereits in der Vergangenheit dazu geführt, dass die Förderhöhe nicht dem Willen des Gesetzgebers entsprach. So stellt etwa der Rechnungshof fest, „dass Anlagen an einem guten Standort in der Praxis innerhalb von 13 Jahren eine Verzinsung von über 11 Prozent erwirtschaften können. Dies ist nahezu die doppelte Verzinsung, die (...) im Rahmen des Ökostromgesetzes 2012 mit 6 Prozent angenommen wurde.“ Das entspricht einer Eigenkapitalrendite von mehr als 20 Prozent pro Jahr. Um zu verhindern, dass private Haushalte – wie bereits in der Vergangenheit – unter dem

Titel Erneuerbarer Förderung die überhöhten Kapitalrenditen einiger Weniger finanzieren, fordert die AK ein restriktives behördliches Verfahren zur Festlegung der Fördertarife. Ein ähnliches Verfahren wird bereits heute zur Bestimmung der Strom- und Gasnetzentgelte angewandt und auch in Deutschland legt die Bundesnetzagentur die maximale Tariffhöhe fest. Im Falle hoher Strompreise sollte die Marktprämie zudem auch negative Werte annehmen können, damit überhöhte Marktprämien zurückzahlen sind. Denn nur durch eine solche „symmetrische“ Ausgestaltung der Marktprämie kann verhindert werden, „dass die Risiken niedriger Strompreise sozialisiert, die Profite hoher Strompreise aber privatisiert werden.“

Am Geld wird es nicht scheitern

An der monetären Förderung wird es nicht scheitern, solange auch auf die Kostenverteilung geachtet wird. Auf dem Weg zu 100 Prozent erneuerbarem Strom gibt es jedoch noch eine Reihe weiterer Herausforderungen. Das betrifft etwa den Netzausbau. Zur Integration der neuen Anlagen und zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit sind in den kommenden Jahren massive Investitionen in die Digitalisierung und den Ausbau der Infrastruktur notwendig. Insbesondere im Übertragungsnetz gilt es Stakeholder frühzeitig einzubinden und lange Genehmigungsverfahren zu straffen. Für abertausende erneuerbare Energieanlagen wird es die entsprechenden Flächen brauchen. Hier sind die Länder gefordert, mit angemessenen, klaren und einheitlichen Regeln den richtigen Weg zu finden, um die Akzeptanz der Bevölkerung nicht zu verlieren und ausreichend Flächen zu schaffen. Das Erneuerbaren Ausbaugesetz wird nun im Nationalrat verhandelt und hoffentlich bald mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit beschlossen. Ein wichtiger Schritt, dem noch viele folgen müssen, um 2030 das Ziel zu erreichen. □

Erneuerbare ausreichend und effizient fördern

- Begrenzung der Kosten für private Haushalte
- Keine Umsatzsteuer auf Förderbeiträge
- Mehr Mittel aus dem allgemeinen Steuertopf
- Einkommensschwache Haushalte entlasten
- Angemessene Förderprämien sicherstellen

Unser Standpunkt

Aktion



VERANSTALTUNG

Öffentlicher Busverkehr in Österreich

Die Herausforderungen für den Busverkehr in Österreich sind enorm. Die Busflotte im stadtregionalen Verkehr muss durch EU-Quoten auf emissionsarme und Null-Emissionsfahrzeuge umgestellt werden. Zum anderen hat die Einführung von Ausschreibungen zu einem massiven Kostenminimierungsdruck für die Unternehmen und Lohndruck bei Berufslenker*innen geführt. Die AK Wien hat dies am 6. Oktober 2020 mit einer großen Veranstaltung „Öffentlicher Busverkehr – klimapolitische und soziale Herausforderungen“ thematisiert. Die Veranstaltung war für Teilnehmer*innen ausschließlich online über Livestream zu verfolgen, wurde aber hybrid im BIZ veranstaltet (mit Vortragenden vor Ort und online zugeschalteten Referent*innen).

Das Thema fand regen Zuspruch (219 Anmeldungen, 532 Zugriffe auf das Tagungsvideo, 1.500 Seitenaufrufe). Die gesamte Veranstaltung und alle Vorträge gibt es unter https://wien.arbeiterkammer.at/service/veranstaltungen/rueckblicke/Oeffentlicher_Busverkehr.html **FG**

KLIMAGESETZ

Klimaschutzvolksbegehren legt Gesetzesentwurf vor

Mit 380.590 Unterschriften nimmt das Klimavolksbegehren (<https://klimavolksbegehren.at/>) Rang 18 unter allen Volksbegehren seit 1964 ein. Ab 100.000 Unterschriften ist ein solches im Parlament zu behandeln. Doch die für den 4.11.2020 geplante Sitzung des Umweltausschusses ist wegen des Terroranschlags am 2.11. auf Dezember verschoben worden. Am Dabei wäre es um die ersten beiden Forderungen gegangen. Herzstück sind dabei die Festschreibung eines wissenschaftlich fundierten CO₂-Budgets und eines Reduktionspfads mit Zwischenziel für 2030, der die Klimaneutralität 2040 sicherstellt. Auch die Einrichtung eines Klimarechnungshofs hätte diskutiert werden sollen. Als zweiter Termin im Ausschuss ist der 13. Jänner 2021 vorgesehen. Da soll es um die Einführung einer ökosozialen Steuerreform, den Abbau klimaschädigender Subventionen und die Umsetzung einer Energie- und Mobilitätswende gehen. **HO**



AUSSTELLUNG

Boden für Alle

Im Architekturzentrum Wien findet bis 3. Mai 2021 die Ausstellung „Boden für Alle“ statt. Anschaulich und konkret, kritisch und manchmal absurd erläutert die Ausstellung mit beeindruckenden Fotos die politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Hintergründe der fortschreitenden Zersiedelung des Landes. Die Verbauung der Ackerflächen sowie die Zerstörung von Grün- und Naturräumen wird deutlich vor Augen geführt. Infos dazu: <https://www.azw.at/de/termin/boden-fuer-alle/> **EL**

INITIATIVE

Fair Digital Europe

Innerhalb der letzten 20 Jahre haben sich Geschäftsmodelle von großen Online-Plattformen so drastisch verändert, dass die E-Commerce Richtlinie aus dem Jahr 2000 aktuelle Verhältnisse längst nicht mehr adäquat widerspiegelt. Um sich für eine faire digitale Zukunft Europas für Unternehmen, Konsument*innen, Online-User*innen und Arbeitnehmer*innen einzusetzen, wurde die Initiative www.fairdigitaleurope.eu ins Leben gerufen. Sie repräsentiert ein multinationales Netzwerk aus Städten, Regionen, Kommunen, Organisationen, Verbänden, zivilgesellschaftlichen Gruppen, NGOs und anderen Einrichtungen, welches dazu dient sich zu informieren und auszutauschen, um gemeinsam einen wichtigen Schritt zur Entwicklung eines fairen digitalen Europas zu machen. Die Seite bietet einen Download-Bereich mit aktuellen Informationen und Dokumenten insbesondere zum aktuell verhandelten Digital Services Act sowie einen Newsletter, der alle zwei Wochen über aktuelle Geschehnisse auf EU-Ebene rund um das Thema Plattformökonomie informiert. **SL**

Digitalisierung und Mobilitätswende

Kann die Digitalisierung eine nachhaltige Mobilitätswende unterstützen? Dieser Frage widmeten sich am 28. Oktober 2020 Expert*innen, Praktiker*innen und Entscheidungsträger*innen bei einer gemeinsamen Veranstaltung von ÖKOBÜRO und AK Wien. Ein Videorückblick und die Präsentationen der Vortragenden sind unter <https://wien.arbeiterkammer.at/mobilitaetswende> verfügbar. **FW**



Höchste Zeit für Arbeitszeitverkürzung?

Pro

David Mum

„NUR MIT ARBEITSZEITVERKÜRZUNG KÖNNEN WIR DIE ARBEIT FAIR VERTEILEN.“

Die Lage am Arbeitsmarkt ist dramatisch. 2020 stieg die Arbeitslosigkeit um über 100.000 Personen. 2/3 der zusätzlichen Arbeitslosen werden auch 2021 keine Arbeit finden. Das kann man nicht hinnehmen. Es muss nun alles darangesetzt werden, mit einem Maßnahmenmix möglichst viele Menschen in Beschäftigung zu bringen. Dazu bedarf es neben Qualifizierung, öffentlich finanzierter Beschäftigung auch einer fairen Verteilung des Arbeitsvolumens.

Ohne Arbeitszeitverkürzung steuern wir auf folgendes Szenario zu: Hohe Langzeitarbeitslosigkeit bei älteren Arbeitslosen, Einstiegsprobleme für die Jungen, Teilzeit für jede zweite Frau und lange Arbeitszeiten für (meist männliche) Vollzeitbeschäftigte. Eine derart polarisierte Verteilung von Arbeit, Arbeitszeiten und Einkommen kann nicht wünschenswert sein. Eine Arbeitszeitverkürzung ist daher jetzt das Gebot der Stunde. Das Arbeitsvolumen ist gesunken und wird nicht ausreichend steigen, um allen Arbeit Suchenden Arbeit zu ermöglichen.

Österreich hat bei den Vollzeitbeschäftigten die drittlängsten Arbeitszeiten in der EU. Von diesen wollen fast eine halbe Million ihre Arbeitszeiten um zumindest 5 Stunden je Woche reduzieren. Wir sagen: Nutzen wir das Potenzial der Menschen, die ihre Arbeitszeit verkürzen wollen, um jenen Arbeit zu ermöglichen, die Arbeit suchen.

Ist das standortschädlich? Nein, denn auch die Jahresarbeitszeit ist in Österreich viel höher als in vergleichbaren Ländern. In Westeuropa (EU 15) liegt die Jahressollarbeitszeit um 36 Stunden unter der von Österreich. In Schweden, Dänemark und Deutschland wird über das Jahr noch deutlich kürzer gearbeitet als in Österreich. □

*David Mum ist Mitglied der GPA-djp Bundesgeschäftsführung



Con

Rolf Gleißner

„NEHMEN WIR GELD IN DIE HAND, UM ARBEIT ZU SCHAFFEN UND NICHT ZU REDUZIEREN.“

Das Arbeitsvolumen auf mehr Köpfe verteilen. Den Arbeitsmarkt abschotten, um Inländern Jobs zu verschaffen. Frühpensionen ermöglichen, um Jobs für Junge freizumachen. Was haben die drei Ideen gemeinsam? Sie klingen logisch, funktionieren aber in der Praxis nicht. Denn der Arbeitsmarkt ist nicht statisch, Arbeitszeit und Jobs nicht wie Kuchenstücke verteilbar.

Beispiel Frankreich: Nach Einführung der 35 Stunden-Woche sank die Arbeitslosigkeit nicht, sie stieg. Gleichzeitig stieg das Budgetdefizit und die Leistungsbilanz drehte ins Minus. Warum geht die Rechnung nicht auf? Eine Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn verteuert Arbeit und zwingt Unternehmen, weniger produktive Arbeitskräfte abzubauen. Für die Verbliebenen steigt der Druck, in weniger Zeit dasselbe zu leisten. Eine Verkürzung mit geringeren Löhnen kostet Kaufkraft, auch nicht gut.

Eine Verkürzung verschärft den Fachkräftemangel. Wer will jetzt die Arbeitszeit von Ärzten und Ärztinnen reduzieren? Fachkräftemangel gibt es aber auch woanders und er nimmt zu, weil die Babyboomer in Pension gehen! Ohnehin arbeiten die Österreicher*innen heute im Schnitt um zwei Stunden pro Woche weniger als 2008. Die Gründe: Mehr Teilzeit, weniger Überstunden. Zudem gehen wir um zwei Jahre früher in Pension als vor 50 Jahren!

Kurzarbeit ist gut, weil befristet und zielgerichtet für Unternehmen in der Krise. Gießkannenförderung für eine Arbeitszeitverkürzung ist hingegen falsch. Das BIP schrumpft heuer um 7 Prozent, wir brauchen also Wachstum. Das heißt: Wenn wir Geld in die Hand nehmen, dann bitte nicht, um Arbeit zu reduzieren, sondern um Arbeit zu schaffen. □

*Rolf Gleißner ist Leiter der Abteilung Sozialpolitik und Gesundheit in der Wirtschaftskammer Österreich.



Medien



NEUE GENTECHNIK

Testbiotech für strikte Regulierung

Die „neue Gentechnik“ auch als Genome Editing oder „neue genomische Techniken“ bezeichnet, eröffnet viele Möglichkeiten um in das Erbgut einzugreifen. Wie sicher diese Technologie ist, darüber gibt es keine abschließende Meinung. Testbiotech, ein unabhängiges Institut für die Folgenabschätzung im Bereich der Gentechnologie veröffentlicht regelmäßig Berichte dazu. Der aktuelle Reader gibt einen kurzen Überblick über die Potenziale und Risiken der neuen Gentechnik, basierend auf aktueller wissenschaftlicher Literatur. Im Focus steht vor allem die Gen-Schere CRISPR/Cas. Im ersten Teil wird beschrieben, wie CRISPR/Cas und Co. funktionieren. Im zweiten Teil werden Fragen, die im Hinblick auf die gesetzliche Regelung wichtig sind, beantwortet, wie: Was sind Unterschiede zwischen Neuer Gentechnik und herkömmlicher Züchtung? Ist die NGT mit spezifischen Risiken verbunden? Wie können NGT-Organismen identifiziert werden? https://www.testbiotech.org/sites/default/files/Fragen_Antworten_und_Fakten_CRISPR_und_Co.pdf **SI**

PESTIZIDE

Vergiftetes Leben

Forster, M./Schumann, C. (Hrsg.): **Das Gift und wir. Wie der Tod über die Äcker kam und Wie wir das Leben zurückbringen können**, Westend Verlag, Frankfurt/Main, 2020

Pestizide landen überall: im Trinkwasser, im Gemüse, im Obst, im Getreide und in vielen Lebensmitteln, ja selbst im Organismus von Tier und Mensch. „Es ist daher an der Zeit, dass wir uns als Individuen und als Gesellschaft ernsthaft fragen, ob eine Landwirtschaft, die das Leben vergiftet, zukunftsfähig ist, und ob wir uns ein auf Giftstoffe aufgebautes Ernährungssystem weiterhin leisten können und wollen“, sagt Mathias Forster bei der Buchpräsentation. Der weltweite Einsatz von synthetischen Pestiziden ist „zu einem gewaltigen Vernichtungsfeldzug“ gegen Pflanzen und Tiere geworden. Das Buch zeigt auf, dass und wie ein Systemwechsel möglich ist. Zwei Schweizer Volks-Initiativen zum Pestizidverbot sollen Mut machen. **SL**

BUCH/HÖRTIPP:

Alternative Ökonomie

„Die Kunst der Ernte – Sieben kleine Naturwunder und ihre Geschichten“, Edward Posnett, Übersetzung von Sabine Hübner, Hanser Verlag, ORF-Mediathek. Inspiriert von der isländischen Tradition der Eiderdaunen-Ernte ohne Tötung der Tiere macht sich der Londoner Marktanalyst Edward Posnett auf die Suche nach weiteren Beispielen eines nachhaltigen und partnerschaftlichen Wirtschaftens mit der Natur. Wäre die „Ernte“ der Entenfedern tatsächlich ein Modell für eine alternative Ökonomie. <https://oe1.orf.at/artikel/656639/Sachbuecher-und-Themen> **DA**

PANDEMIE

Armutsbekämpfung

Kemmesies, U./Trabert, G. (Hrsg.): **Solidarität in Zeiten von Corona und darüber hinaus. Ein Plädoyer für nachhaltige Armutsbekämpfung**, Oekom Verlag, München, 2020

Die aktuelle Pandemie wird sich in unser aller Gedächtnis einprägen. Die Vollbremsung durch den Lockdown ließ viele notgedrungen innehalten und fragen: Wollen wir wirklich so weiterleben wie bisher? Zwar macht das Virus keinen Unterschied, wenn es befällt, aber es ist auch deutlich sichtbar, dass ärmere Bevölkerungsgruppen wesentlich härter von den Folgen getroffen werden. In der Krise zeigt sich einmal mehr, dass Armut ein Risikofaktor und Reichtum ein Schutzfaktor ist. Einer der Herausgeber schreibt, dass das Buch fast nicht erschienen wäre, weil sich „Armut nicht gut verkauft“. Gut, dass es dennoch möglich war und so bietet es eine Sammlung von individuell unterschiedlichen Zugängen zum Thema mit dem gemeinsamen Anliegen einer nachhaltigen Armutsbekämpfung mit dem Ziel einer solidarischen, gerechteren und besseren Welt für alle. **SL**



Arbeiterkammer - EU Policy Brief zur Daseinsvorsorge

Die Coronakrise zeigt, wie wichtig gute Spitäler, eine funktionierende Wasser- und Energieversorgung, Öffis etc. sind. Die Krise sollte zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge genutzt werden – auch auf europäischer Ebene. Die AK-Kernanliegen für diese Bereiche findet man hier: https://www.akeuropa.eu/sites/default/files/2020-10/6_PB_Daseinsvorsorge.pdf **SI**

Die „alte“ Gentechnik wurde in den letzten Jahren durch eine Reihe von neuen Techniken erweitert. Die wohl bekannteste davon ist die Genschere CRISPR/Cas9. Was wäre, wenn diese neuen Gentechniken nicht reguliert werden? Dieser Frage ging das Umweltbundesamt im Auftrag der AK nach. **VON IRIS STRUTZMANN**

Neue Gentechnik – Grundlagen für kommende politische Debatten



Greiter, Heissenberger (2020): Neue Gentechnik – Grundlagen für die kommende politische Debatte. In: Informationen zur Umweltpolitik Band 202. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien.

Das Veränderungspotenzial bei der neuen Gentechnik ist deutlich größer, als bei bisherigen Verfahren: Von kleinen Punktmutationen in der Zelle bis zum Einbringen mehrerer Eigenschaften und Verändern komplexer Merkmale sowie ganzer Stoffwechselwege. Nutztiere sollen z.B. so verändert werden, dass sie mehr Fleisch oder Milch mit veränderten Inhaltsstoffen produzieren oder virusresistent werden. Die Studie selbst fokussiert auf die aktuelle

Diskussion rund um die Pflanzenzucht. Die Einleitung bringt einen Überblick über die bisherige Debatte zur neuen Gentechnik auf europäischer Ebene. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) stellte im Juli 2018 klar, dass die durch die neuen Gentechnikverfahren hergestellten Produkte gentechnisch veränderte Organismen (GVO) sind und damit der EU-Gentechnikgesetzgebung unterliegen. Dies bedeutet eine umfassende Risikoabschätzung dieser GV-

Produkte vor einer Marktzulassung, sowie die Kennzeichnung als GVO-Produkte. Der EuGH begründet dies damit, dass die neuen GVOs, mit ähnlichen Risiken verbunden sein könnten wie herkömmlich erzeugte GVOs.

Konsument*innen- und Umweltschutzgruppen begrüßten diese EuGH-Entscheidung. Einige Stakeholder und Mitgliedsstaaten stehen diesem Urteil aber sehr kritisch gegenüber. Sie haben den Wunsch, einige

FOTOS: EML, AK WIEN (1)

AK Studienreihe: Verkehr und Infrastruktur Bestellung als Hardcopy unter wirtschaft.umwelt@akwien.at

- 48 **Problem Solidarhaftung im Bundesstraßenmautgesetz** Verfassungsrechtliche Analyse. Nicolas Raschauer. Studie, 2012
- 49 **Öffentlicher Verkehr hat Zukunft!** Herausforderungen und Gefahren für den öffentlichen Nahverkehr in Österreich. Tagungsband, 2013
- 50 **Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnpersonenverkehrs in Österreich**, 2013
- 51 **Wettbewerb im österreichischen Güterverkehrsmarkt** Konstellationen zwischen Straße und Schiene. Ronald Scheucher; 2014
- 52 **Modal Split im Güterverkehr** Maßnahmen zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Max Herry, Norbert Sedlacek; 2014
- 53 **Analyse der Erfahrungen mit dem Verbandsverantwortlichkeitsgesetz im Eisenbahnwesen** Studie und Rechtsgutachten, 2014
- 54 **Unterwegs zwischen Erwerbs- und Familienarbeit** Eine Analyse in den niederösterreichischen Regionen Triestingtal und Schneebergland, 2014
- 55 **Flächendeckende Lkw-Maut und Nahversorgung.** Auswirkungen einer flächendeckenden Lkw-Maut auf Lebensmittelpreise und den ländlichen Raum. Studie, 2015
- 56 **Pendeln in der Ostregion.** Potenziale für die Bahn. Tadej Brezina, Thomas Hader, Evelyn Eder, 2015
- 57 **Penderanalyse Wien und Ostregion.** Zahlen und Fakten auf Basis der Vollerhebung 2014. Odilo Seisser, 2016
- 58 **Zukunftsfähige Straßeninfrastruktur.** Kosten und Lösungen für baufällige Landes- und Gemeindestraßen. Josef Baum, Johann Litzka, Alfred Weninger-Vycudil, 2016
- 59 **Rechtssetzung durch Private im Eisenbahnrecht** Rechtswissenschaftliche Studie. Konrad Lachmayer 2016
- 60 **Gewerkschaften und nachhaltige Mobilität** Astrid Segert, Studie 2017
- 61 **Arbeitswege und Arbeitszeit – Zeit für mein Leben?** Eine Analyse von Mobilitätsdaten von Erwerbstätigen in Österreich. Susanne Wolf-Eberl, Patrick Posch, 2018
- 62 **Monetarisierung von „Sozialdumping“ im Straßenverkehr** Norbert Sedlacek, Irene Steinacher, 2019
- 63 **Belastungen am Arbeitsplatz durch Hitze am Beispiel der Triebfahrzeugführer*innen und Baukranführer*innen** Literaturrecherche und Arbeitsmedizinische Stellungnahme, Georg Wultsch, 2019 (*Veröffentlichung auf 2021 verschoben*)
- 64 **active2work – Arbeits- und Mobilitätszeit neu gedacht** Machbarkeitsuntersuchung. Marlene Doiber, Sandra Wegener, Roland Hackl, Maria Juschten, Clemes Raffler, Michael Meschik, Julia Schmid, 2020

Grenzenlose Mobilität – Grenzenlose Ausbeutung. Arbeitsbedingungen in Europas Transportwirtschaft. Studie, 2016



DER EU-RECHTSRAHMEN FÜR GENTECHNIK BASIERT AUF DEM VORSORGEPRINZIP: RISIKEN FÜR MENSCH UND UMWELT WERDEN VOR DER VERMARKTUNG EINES PRODUKTS BEWERTET.

Methoden der neuen Gentechnik mit der herkömmlichen Züchtung gleichzustellen – wie dies z.B. in den USA oder Kanada der Fall ist. Aber wäre es wissenschaftlich gerechtfertigt, bestimmte Anwendungen oder Techniken aus dem Gentechnikrecht auszunehmen oder ein eigenes Regelwerk zu

schaffen? Was würde dies für Konsument*innen hinsichtlich Kennzeichnung oder Wahlfreiheit bedeuten? In der Studie wird die derzeitige rechtliche Lage für Gentechnik dargestellt. Im Fokus steht dabei der Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt, die Wahlfreiheit sowie die Anbauverbote

bzw. -beschränkungen von GVOs. Anschließend werden unterschiedliche rechtliche Szenarien und deren Auswirkungen auf die gentechnikfreie Produktion (gentechnikfreie Kennzeichnung, Biolandbau) beleuchtet. Klar ist: Bei einer Deregulierung einzelner Anwendungsbereiche müsste der Umfang dieser sehr

genau definiert werden, um Unklarheiten zu vermeiden und Rechtssicherheit zu gewährleisten. Eine Neuregulierung auf Basis der eingesetzten Technik würde zudem unberücksichtigt lassen, dass mit ein und derselben Technik (z.B. CRISPR/Cas) kleine und große Änderungen erzeugt werden können. Eine Deregulierung hätte aber auf jeden Fall zur Folge, dass weder Risiken für die menschliche Gesundheit noch für die Umwelt bewertet werden würden. Dies würde auch bedeuten, dass Produkte mit dem Gentechnikfrei Label und biologisch produzierte Produkte nicht mehr Gentechnikfrei im derzeitigen Sinn wären. In den Schlussfolgerungen wird darauf hingewiesen, dass die derzeit in der EU etablierten Kontrollsysteme für GVOs es ermöglichen, auch auf unerwartete negative Auswirkungen bei GVOs zu reagieren und z.B. gegebenenfalls Produkte wieder vom Markt zurückzurufen, sowie die Wahlfreiheit der Konsument*innen zwischen konventionellen und gentechnikfreien Produkten zu sichern. Vorschläge für Änderungen in der Gentechnikgesetzgebung sollten, so sie kommen, gut durchdacht sein. □

PDF-Download www.ak-umwelt.at

AK Studienreihe: Informationen zur Umweltpolitik

- 189a** Holger Heinfellner, Nikolaus Ibesich, Günther Lichtblau, Christian Nagl, Barbara Schodl, Gudrun Stranner: **Passenger Car Emissions: Standard and Real-World Fuel Consumption.** Study on behalf of the Vienna Chamber of Labour. Studie, 2016
- 190** Konrad Lachmayer: **Demokratierechtliche Analyse der privaten Rechtssetzung im Umweltrecht am Beispiel der Industrieemissionsrichtlinie (IE-RL).** Studie, 2016
- 191** Jana Flemming, Ulrich Brand: **Positionen internationaler Gewerkschaften in der Klimapolitik.** Studie, 2017
- 192** Werner Hochreiter (Hrsg.): **15 Jahre Aarhus-Konvention,** Tagungsband, 2017
- 193** **Zwischen Norm- und Realverbrauch – Was hat sich in Österreich seit 2015 bei neuen PKW verändert?** Holger Heinfellner, Günther Lichtblau, Barbara Schodl, 2017
- 194** **Environmental Inequality In Europe – Towards an environmental justice framework for Austria in an EU context.** Liesbeth de Schutter, Hanspeter Wieland, Burcu Gözet, Stefan Giljum, 2017
- 195** **Neue biotechnologische Züchtungstechniken – Rechtliche Einordnung in Hinblick auf die Schlussanträge von Generalanwalt Bobek zum Vorabentscheidungsverfahren C-528/16.** Anita Greiter, Andreas Heissenberger, 2018
- 196** **Pkw-Emissionen aus Umwelt- und Verbrauchersicht – Fakten und Regulierungsdefizite.** Günther Lichtblau, Barbara Schodl, 2018
- 197** **Vergleich europäischer Systeme der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.** Endbericht (Langfassung) Michael Getzner, Bettina Köhler, Astrid Krisch, Leonhard Plank, 2018
- 197a** **Vergleich europäischer Systeme der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.** Endbericht (Kurzfassung)
- 198** **Umweltgerechtigkeit; Sozioökonomische Unterschiede bei von Umwelteinflüssen Betroffenen und im Umweltverhalten; Mikrozensus Umwelt und EU-SILC – Statistical Matching** Alexandra Wegscheider-Pichler, Sacha Baud, 2019
- 199** **Verteilungswirkungen in der Klimapolitik** Josef Baum, 2020
- 200** **ES darf ein bisschen verbindlicher sein – Überlegungen und Wünsche für die künftige Rechtsentwicklung im Verkehrslärmschutzrecht** Josef Werner Hochreiter, 2019
- 201** **Zur Ökobilanz von E-Autos und was die VerbraucherInnen darüber erfahren – Eine Marktanalyse** Holger Heinfellner, David Fritz, 2019
- 202** **Neue Gentechnik – Grundlagen für die kommende politische Debatte** Anita Greiter, Andreas Heissenberger, 2020
- 202a** **New Gene Technologies – A basis for the upcoming political debate** Anita Greiter, Andreas Heissenberger, 2020
- 203** **Landkarte der „(De-)Karbonisierung“ für den produzierenden Bereich in Österreich – Eine Grundlage für die Folgenabschätzung eines klimapolitisch bedingten Strukturwandels des Produktionssektors auf Beschäftigung, Branchen und Regionen** Fabian Gabelberger, Claudia Kettner-Marx, Michael Peneder, Gerhard Streicher, 2020

Wirtschaft und Umwelt:
Sekretariat: 0043/1/50165-12404
E-Mail: wirtschaft.umwelt@akwien.at
www.ak-umwelt.at

Österreichische Post AG
MZ 02Z034642 M
Bundesarbeitskammer, Prinz Eugen Straße 20–22, 1040 Wien



AK | **100**
JAHRE
GERECHTIGKEIT

Gerechtigkeit ist gekommen, um zu bleiben.

Die Arbeiterkammer setzt sich seit 100 Jahren für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Sie steht für soziale Gerechtigkeit in Österreich. **Damals. Heute. Für immer.**

ARBEITERKAMMER.AT/100

#FÜRIMMER